

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Amtliche Berichte über die Verhandlungen der Badischen Ständeversammlung. [2. Kammer]. 1909-1918 1917

17 (20.6.1917)

Amtliche Berichte

über die

Verhandlungen der Badischen Ständeversammlung.

Nr 167.

Karlsruhe, den 20. Juni

1917.

== Zweite Kammer. ==

13. öffentliche Sitzung

am Samstag, den 9. Juni 1917.

Tagesordnung:

Anzeige neuer Eingänge. Sodann

Fortsetzung der Beratung über den Gesetzentwurf, den Staatshaushaltsetat für die Jahre 1916 und 1917 betr. (Druck. Nr. 2), Berichterstatter Abg. K o p f.

Am Regierungstisch: Staatsminister und Minister des Großh. Hauses, der Justiz und des Auswärtigen Dr. Freiherr von Dusch, Minister des Innern Dr. Freiherr von und zu Bodman, Minister der Finanzen Dr. Reinholdt, Minister des Kultus und Unterrichts Dr. Hübsch, Geh. Oberfinanzrat Moser und Amtmann Dr. Fecht.

Präsident Rohrhurst eröffnet die Sitzung nach 9¼ Uhr und gibt folgende Eingänge bekannt:

1. Bitte des früheren Gendarmen F. G. Heid in Karlsruhe um Unterstützung.

Die Petition wird für den nächsten Landtag zurückgelegt.

2. Mitteilung des Abg. Engelhardt, daß er wegen Krankheit verhindert ist, an den Sitzungen des Landtags teilzunehmen.

Der Präsident wünscht dem Genannten gute Besserung.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erhält das Wort zu einer Feststellung:

Abg. Weichaupt (Zentr.):

In der 7. Sitzung am 23. Mai ist durch eine Rede des Herrn Ministers des Innern und durch eine Erwiderung von mir eine Meinungsverschiedenheit zutage getreten, die der Herr Minister klarzustellen versprochen hat.

Durch die Erhebungen, die inzwischen gemacht worden sind, es handelt sich um die Ablieferung von Getreide vom markgräflichen Gut Spignagelhof, ist folgendes festgestellt:

Was den Ausdruck des Getreides anlangt, so ist diese rechtzeitig erfolgt. Was die Ablieferung des Weizens betrifft, ist auch diese rechtzeitig erfolgt. Bezüglich der Differenz von 8,3 Zentnern, die in der Rede und Gegenrede eine Rolle gespielt hat, hat sich ergeben, daß sie durch eine Nachlässigkeit eines Bediensteten nicht angemeldet und erst viel später aufgefunden worden sind. Was die Ablieferung des Hafers anlangt, von der mir mitgeteilt worden war, wie es denn käme, daß am 1. April noch kein Hafer abgeliefert sei, so ist das vollständig richtig; er war zwar angemeldet, aber nicht abgeliefert. Die Ablieferung erfolgte erst im April. Das Mehr von 83,5 Zentnern kam auch von einem Versehen eines Bediensteten her, weil er zu wenig angegeben hatte. Abgeliefert ist jetzt alles. Die Schuld an der zu späten Ablieferung liegt nicht an der Verwaltung des Hofes und noch viel weniger am Besitzer des Hofes; es wurde alles rechtzeitig angemeldet, aber der Kommunalverband Überlingen war nicht in der Lage, das abzunehmen, weil der empfangende Kommunalverband Karlsruhe ihm keine leeren Säcke geschickt hat.

Damit dürfte die Sache geklärt sein. Ich bin aber nach wie vor der Meinung, daß derartige Betriebe sowohl was den Druck als was die Ablieferung anbelangt, immerwährend vorbildlich sein sollten.

Hierauf wird in die Tagesordnung eingetreten.

In Fortsetzung der Beratung über den Gesetzentwurf, den Staatshaushaltsetat für die Jahre 1916 und 1917 betreffend, ergreift zunächst das Wort:

Präsident Rohrhurst:

Ich darf wohl noch eine Bemerkung vorausschicken. Es ist mir mitgeteilt worden, daß im hohen Haus die Anschauung verbreitet sei, daß unsere derzeitige Erörterung eine allgemeine Finanzdebatte sei, so wie sie auf

einem ordentlichen Landtag zu Anfang der Staatshaus-haltsberatung stattfindet. Das trifft nach den Vereinbarungen, die wir getroffen haben, nicht zu, sondern wir halten jetzt eine Erörterung über politische, schulpolitische und kirchenpolitische und verkehrspolitische Fragen, die in der letzten Sitzung der Budgetkommission besprochen worden sind. Ich bitte Sie, im Interesse der Erledigung unserer Geschäfte sich an diese Vereinbarung zu halten. Wünsche, die einzelne Mitglieder des Hohen Hauses bezüglich einzelner Gegenstände haben, können sie ja der Großh. Regierung auch persönlich mitteilen, und sie werden dort jedenfalls auch ein aufmerksames Gehör finden. Manche Dinge lassen sich auch zurückstellen auf den nächsten Landtag, der voraussichtlich in sechs Monaten schon wieder zusammentritt; und manche Dinge gewinnen auch durch Lagerung wie der Wein (Seiterkeit), sodaß ein Schaden daraus nicht entsteht, wenn das Eine oder Andere zurückgestellt wird.

Minister der Finanzen Dr. Rheinboldt:

Nachdem gestern abend die allgemeine Aussprache nach Erschöpfung der ersten Rednerreihe zu einem gewissen Abschluß gekommen ist, möchte ich Anlaß nehmen, zunächst meinen aufrichtigen Dank dafür abzustatten, daß die Redner aller Parteien in großzügiger Auffassung der gegenwärtigen schwierigen Lage sich für die Bewilligung der von Ihnen geforderten hohen Kredite ausgesprochen haben. Sie haben damit der Großh. Regierung ein hohes Maß von Vertrauen entgegengebracht und insbesondere auch der Finanzleitung, was mich zu doppeltem Danke verpflichtet. Ich möchte es hier, wie ich das schon bei Vorlage des Kreditgesetzes getan habe, nochmals betonen, daß Sie davon überzeugt sein dürfen, daß wir ernstlich und unablässig bemüht sein werden, dieses Vertrauen voll zu rechtfertigen. Wir werden von den von Ihnen bewilligten Krediten ganz im Sinne der Wünsche und Anschauungen, die hier vorgetragen worden sind, Gebrauch machen, zu dem Zwecke, die wirtschaftliche Kraft und Existenzfähigkeit der Berufsstände zu erhalten, der erwerbstätigen Bevölkerung und den Beamten das Durchhalten zu erleichtern und den Wiederaufbau der Friedenswirtschaft vorzubereiten zum Wohle unseres engeren und weiteren Vaterlandes.

Und nun möchte ich auf einige Punkte, die aus meinem Ressort von den Rednern, die bisher gesprochen haben, in den Kreis ihrer Erörterungen gezogen worden sind, eingehen. Ich muß Sie dabei bitten, von dem vielleicht interessanteren Gebiete der hohen Politik mir wieder zu folgen in das sprödere Gebiet der Finanz- und Wirtschaftsfragen.

Der Herr Abg. Kolb hat von der großen Verschuldung, oder wie er sagte, Verarmung des Reichs und von der Abhängigkeit des Reichs vom Finanzkapital gesprochen. Die Verschuldung oder sagen wir besser das starke Anwachsen der Schuldenlast — denn das Wort Verschuldung hat eine jedenfalls für Deutschland zur Zeit nicht zutreffende üble Nebenbedeutung — ist eine natürliche Folge des Krieges. Wieviel davon dauernd bleiben wird, das hängt lediglich von dem Ausgange des Krieges und vor allem davon ab, ob und in welchem Umfange es uns gelingen wird, eine Kriegsschädigung, sei es in bar oder sei es in anderer Form, zu erhalten. Die Kriegsschädigung ist — das möchte ich insbesondere den Herren von der Sozialdemokratie und auch dem Herrn Abg. Muser sagen — das beste und das leichteste Mittel, von der drückenden Schuld loszukommen (Sehr richtig!). Daß bei einer sparsa-

meren Verwendung der Geldmittel durch die Militärverwaltung, was der Herr Abg. Kolb erwähnt hat, manche Ausgabe vermieden und das Anwachsen der Schuld vielleicht vermindert worden wäre, darüber kann man sprechen. Im Verhältnis zur Höhe der Schuld kann das jedoch nicht von gar so großer Bedeutung sein. Nachdem der Herr Abg. Kolb aber selbst zugegeben hat, daß hier, wenn auch, wie er meint, spät Wandel eingetreten ist, so hat es doch wohl keinen Zweck mehr, sich darüber zu ereifern.

Daß ein Krieg Geld kostet, ist eine alte Wahrheit und, vor allem ein so ungeheurer Krieg wie wir ihn leider jetzt führen müssen mit all den modernen bisher unbekanntem Kampfmitteln des Land-, Luft- und Wasserkrieges und einer Aufwendung von Kriegsmaterial, von der man sich vorher auch nicht die geringste Vorstellung machen konnte. Es ist nicht auszudenken, was der Krieg uns gekostet haben würde, wenn wir militärisch nicht so gut gerüstet und so stark gewesen wären, den Feind von unseren Grenzen fernzuhalten. Die berechtigte Sorge des Herrn Abg. Kolb, wie wir dieser großen Schuld, die die 100 Milliarden wohl erheblich überschreiten dürfte, in der Zukunft Herr werden, und die Ansicht, daß wir in absehbarer Zeit von dieser Schuld loskommen müssen, teilen wir alle, und wir alle wissen, daß wir hier vor ungeheuer schweren Problemen stehen. Ich bin überzeugt, daß sie zu lösen sein werden, und zwar ohne die nahezu kommunistischen Wege, die der Herr Abg. Kolb uns gewiesen hat, beschreiten zu müssen. So gut es dem deutschen Fleiß, dem deutschen Unternehmungsgeist und der auf gründlicher Vorbildung fußenden deutschen Technik gelungen ist, vor dem Kriege Deutschland aus einem armen Staate zu einem sehr reichen Staate zu machen, ebenso gut wird und muß es gelingen, Deutschland von einem schuldenbelasteten Staate wieder zu einem Staate mit normalen Finanzverhältnissen zu machen. In dieser Überzeugung lasse ich mich nicht irremachen. Gern gebe ich dem Herrn Abg. Kolb zu, daß die Reichsfinanzverwaltung behufs Aufbringung der erforderlichen ungeheuren Geldmittel andere Wege als bisher, neue Wege wird beschreiten müssen.

Was die von dem Herrn Abg. Kolb geforderte Umwandlung von Privatkapital in Staatskapital anlangt, so ist schließlich jede Steuer eine Umwandlung von Privatbesitz in öffentlichen Besitz. Aber diese Umwandlung hat ihre Grenzen, Grenzen, die durch die Grundgesetze der Gesellschaftsordnung, durch die Gesetze der Staatsmoral gesteckt sind. Daß weitergehende Eingriffe in das Privatkapital, weitergehende als bisher, notwendig sein werden, damit wird wohl gerechnet werden müssen. Sollte es sogar zu einer einmaligen Vermögensabgabe nach Art des Wehrbeitrages kommen müssen — sicheres kann darüber noch nicht gesagt werden — so muß ich mit dem Herrn Abg. Rebmann, auch im Interesse unserer Volkswirtschaft und zur Hintanhaltung der Gefahr einer Hemmung unserer nach dem Kriege doppelt notwendigen wirtschaftlichen Entwicklung, eindringlich warnen, darin zu weit zu gehen und dem Betriebskapital des deutschen Volkes allzu große Beträge zu entziehen zu einer Zeit, in der dieses Betriebskapital zum Wiederaufbau der gewerblichen und industriellen Tätigkeit unseres Volkes doppelt dringend notwendig ist.

Was die Forderung des Herrn Abg. Kolb anlangt, daß der Staat regulieren in die Besitzverhältnisse eingreifen müsse, so ist auch das nichts Neues. Das ist eine Aufgabe, die die moderne Steuerpolitik längst übernommen hat, in welche andere durch ihre nach der Höhe des Be-

figes und des Einkommens abgestuften Sätze. Daß man auch auf diesem Gebiete noch weiter gehen kann und wohl auch noch weiter wird gehen müssen, das will ich nicht leugnen. Die Erbschaftsteuer, nach der der Herr Abg. Kolb gerufen hat — er meinte wohl die Deszendentenerbschaftsteuer — ist bereits in der Besitzsteuer vorhanden. Der Herr Abg. Kolb wird mir aber einwenden, daß diese ungenügend sei. Das gebe ich gerne zu. Wenn der Herr Abg. Kolb etwas Geduld haben wird, dann wird er es wohl erleben, daß aus diesem Steuerbaby noch ein kräftiger Junge herauswachsen wird, wenn auch nicht der Riese, den er vielleicht wünscht. Was alles auf diesem Gebiete geschehen soll, darüber besteht ein festes Programm noch nicht. Es kann auch noch nicht bestehen, solange noch nicht feststeht, für welche Summe Defizit geschafft werden muß. Auch hier muß sich der Herr Abg. Kolb noch etwas in Geduld üben. Es kommt früh genug, für manchen vielleicht zu früh. (Abg. Dr. Schofer: Sehr richtig!)

Die Anregung des Herrn Abg. Rebmann, die preussischen Privatbahnen und die Aktien der preussischen Bergwerke durch den preussischen Staat aufzukaufen zu lassen, das ist etwas, was vielleicht der preussischen Finanzverwaltung eine Finanzhilfe sein könnte, aber nicht der Reichsfinanzverwaltung.

Gegen alle die Steuern, die während des Krieges gemacht worden sind, insbesondere die Verkehrssteuern läßt sich — das gebe ich gern zu — mancherlei einwenden. Ganz gewiß! Aber sie mußten gemacht werden, um die Verzinsung der Kriegsanleihe, die heute schon 3 Milliarden erfordert, zu sichern. Diese konnte unmöglich auf Anleihen übernommen werden, es mußte zu neuen Steuern gegriffen werden und zwar solchen, die leicht und rasch durchführbar sind und die zugleich auch rasch wirksam sind. Schwierige Steuerprobleme wie Monopole mußten in dem gegenwärtigen Augenblick vollständig ausscheiden. Das hat auch der Reichstag eingesehen. Ich glaube, es ist eine große Tat des deutschen Volkes, des deutschen Reichstages, daß wir während des Krieges über 2 Milliarden neue Steuern bewilligt haben, neue Steuern, die, wie es sich gezeigt hat, leicht getragen werden. Die Verzinsung der Kriegsanleihe ist gesichert, und das ist für unsere Bevölkerung eine große Beruhigung.

Daß der Krieg eine weitgehende Verschiebung der Besitzverhältnisse, und zwar territorial und personell gebracht hat, ist vollständig richtig. Die territoriale Verschiebung hängt teilweise mit der Zentralisierung verschiedener Kriegsbetriebe im Norden des Reiches zusammen, in der man vielleicht etwas zu weit gegangen sein mag, vielleicht auch damit, daß norddeutsche Unternehmer in der Fähigkeit, die günstige Gelegenheit auszunützen, sich an den Mann zu bringen, den süddeutschen gegenüber sich überlegen gezeigt haben. Ich möchte jedoch nicht glauben, daß gerade Baden hier stark im Nachteil ist. Wie bekannt haben wir auch in Baden sehr große Kriegsbetriebe. Der Herr Abg. Niederrühl hat bei der Mittelstandsdebatte auch ausgeführt, welche große Kriegslieferungen nach Baden vergeben worden sind. Was die Verschiebung des Besitzes in personeller Hinsicht, also die Verschiebung der sozialen Schichten anlangt, so ist diese eine Folge jedes Krieges, sie ist auch 1870 eingetreten. Natürlich ist diese Verschiebung umso weitgreifender, je gewaltiger der Krieg ist und je größer die Kriegskonjunktur. Daß große Teile der unteren Schichten z. B. Industriearbeiter und kleine Landwirte durch die Kriegskon-

junktur zu Geld gekommen sind, darüber freue ich mich aufrichtig, und ich wünsche nur, daß sie den so erworbenen Besitz auch richtig anzuwenden wissen. Daß der Landwirtschaft im Ganzen die Kriegskonjunktur einen guten Verdienst gebracht hat, das ist nach meiner Meinung ebenso erfreulich. Bei den Landwirten weiß ich diesen Erwerb in guten Händen (Abg. Dr. Schofer: Sehr richtig!) Der Landwirt verschwendet nicht (Abg. Dr. Schofer: Sehr richtig!), und das alte Sprichwort: Hat der Bauer Geld, hat's die ganze Welt, ist heute noch von Bedeutung, weil der Landwirt ein vielseitiger Konsument ist, insbesondere bei der modernen landwirtschaftlichen Betriebsweise (Sehr richtig! im Zentrum).

Die große Anhäufung von Vermögen in den Händen einzelner Kriegslieferanten, die da und dort durch unmoralische Ausnützung der Kriegskonjunktur, vor allem in der Vermittlertätigkeit erfolgt sein mag, ist eine weniger erfreuliche Erscheinung. Die Kriegsteuer und deren nachträgliche erhebliche Erhöhung von 20 Proz. sowie die sicher notwendig werdende Wiederholung derselben suchen hier so viel als möglich einen Ausgleich zu schaffen. Mit allen möglichen Mitteln, z. B. auf dem Wege der Waffkontrolle, sucht man auch dem vorzubeugen, daß diese Vermögen der deutschen Volkswirtschaft durch Verbringung in das Ausland entzogen werden. Viel mehr kann hier insbesondere auf dem steuerlichen Gebiete wohl nicht geschehen. Man kann ja darüber streiten, und es ist ja auch hier geschehen, ob die Wegnahme von 60 Prozent — nicht 50, wie der Herr Abg. Kolb gesagt hat — der Kriegsgewinne als genügend erachtet werden kann. Aber das ist ein zweischneidiges Schwert. Ein Überspannen könnte hier sehr verhängnisvoll werden, da die Kriegswirtschaft auf den privaten Unternehmungsgeist angewiesen ist, weil nicht in allen Dingen der Staat selbst als Produzent eintreten kann. Der private Unternehmungsgeist, der sich den Kriegsbedürfnissen in bewundernswerter Weise angepaßt hat, hat sich unvergängliche Verdienste um den Schutz unseres Vaterlandes erworben.

Der Herr Abg. Dr. Zehnter hat es als einen Fehler bezeichnet, daß man keine eigentliche Kriegsgewinnsteuer gemacht hat, er meint wohl damit, daß man nicht den durch Kriegslieferungen erfolgten von dem auf andere Weise erworbenen Vermögenszuwachs trennt und steuerlich verschieden behandelt hat. Ich verstehe sein Bedauern — auch der Herr Abg. Rebmann hat sich ihm angeschlossen — und ich teile es auch. Aber ich habe mich überzeugen müssen, daß diese Scheidung steuertechnisch nicht durchführbar war, da die eigentlichen Kriegsgewinne nicht immer direkt von den unmittelbaren Lieferanten, sondern vielfach indirekt auf Umwegen gemacht werden, also nicht offen zu Tage liegen. Das hat auch der Reichstag eingesehen, und der Reichstag hat die Auffassung gebilligt, daß schließlich jede während des Krieges erfolgte Vermögensvermehrung, gleichviel aus welcher Ursache sie erfolgt ist, mit Ausnahme der durch Erbgang veranlaßten zur Kriegsteuer herangezogen werden kann. Man wird diese Auffassung insbesondere dann teilen, wenn man bedenkt, daß auf der andern Seite durch den Krieg so viele in ihrem Besitz schwer geschädigt worden sind. Schwerer zu rechtfertigen auch vom Gesichtspunkt der bundesstaatlichen Interessen ist die Ausdehnung der Kriegsgewinnsteuer auf das Stammvermögen, soweit es sich nicht um mehr als 10 Prozent vermindert hat. Diese Ausdehnung ist aber auf ein Verlangen des Reichstages zurückzuführen.

Die Kriegsgewinne bringen mich auf die von dem Herrn Abg. Kolb befürchtete Abhängigkeit des Staates vom Finanzkapital. Er hat darauf hingewiesen, daß auf der starken Verschuldung des Reiches sich die Gefahr einer Abhängigkeit des Reichs, der Reichsregierung, vom Großkapital ergebe, in dessen Händen sich der größte Teil der Kriegsanleihe befinde. Da der Herr Abg. Kolb auf das angespielt hat, was ich dagegen in der Kommission gesagt habe, und da auch ein Artikel des „Volksfreund“ vom 5. d. Mts. sich mit meiner damaligen Äußerung beschäftigt, so möchte ich hier, soweit ich es noch im Gedächtnis habe, wiederholen, was ich in der Haushaltskommission ausgeführt habe. Nach der ganzen Tendenz der Rede des Herrn Abg. Kolb habe ich angenommen, daß er nicht, wenigstens nicht in erster Reihe, an eine wirtschaftliche, sondern vor allem an eine politische Abhängigkeit gedacht hat, und ich habe gesagt, daß ich nicht der Meinung bin, daß aus der starken Beteiligung des Großkapitals an den Kriegsanleihen die Gefahr einer politischen Abhängigkeit des Staates von diesem Großkapital erwächst. Diese Meinung halte ich aufrecht. Wie liegt denn die Sache? Wichtig ist, daß der größte Teil der bereits auf 60 Milliarden angewachsenen Kriegsanleihe von dem Großkapital, vor allem von der Großindustrie, gezeichnet worden ist. Das ist eine Tatsache. Ich glaube aber, wir können uns über diese Tatsache nur freuen, wir können uns nur darüber freuen, daß die Industrie ihre durch den Krieg freigewordenen Betriebskapitalien dem Reiche zur Verfügung gestellt hat. Ohne diese Hilfe wäre es unmöglich gewesen, die erforderlichen Milliarden aufzubringen. Ist es nun möglich, daß daraus eine in politischer Hinsicht bedenkliche Abhängigkeit des Reiches von dieser verhältnismäßig kleinen Gruppe großkapitalistischer Gläubiger, eine Art Plutokratie, wie wir sie in Amerika sehen, sich entwickelt? Gewiß wird die gewaltige Schuld einen merkbaren Einfluß auf die staatliche Tätigkeit ausüben, da der Zinsendienst die vordringlichste Ausgabe darstellt und manche andere Ausgabe in den Hintergrund drängen wird. In der Ausgabewirtschaft des Reichs wird sich also eine starke Abhängigkeit von der Schuld geltend machen, aber nicht von den Gläubigern, denen nach dem Anlehensvertrag irgendwelche besonderen Rechte, die eine Einflußnahme auf die Reichsleitung ermöglichen könnten, nicht zukommen, da bekanntlich die Reichsanleihen seitens der Gläubiger nicht kündbar sind. Die Gläubiger können nur das Bestreben haben, eine Entwertung der Reichsanleihe hintanzuhalten, da sie ja sonst einen unermesslichen Schaden erleiden würden. Sie müssen ferner auf die Schaffung von Einrichtungen drängen, die die Umwandlung ihres Anleihebesitzes in Betriebskapital ermöglichen. Damit geht ihr Interesse — so ungefähr habe ich mich auch in der Haushaltskommission ausgedrückt — mit dem des Reiches völlig Hand in Hand. Das Reich muß, schon um seinerzeit, im Jahre 1924, die Konvertierung durchzuführen zu können — und auch dies ist ein Mittel zur Abbürdung der Schuld — die Erhaltung eines angemessenen Kurses der Reichsanleihe wünschen, der auch schon zur Niederhaltung des allgemeinen Zinsfußes geboten ist. Auch hat das Reich ein sehr großes Interesse daran, daß der Industrie das zur Wiederingangsetzung des Wirtschaftslebens erforderliche Betriebskapital nach dem Kriege zur Verfügung steht. Ich glaubte also behaupten zu dürfen, daß die Kriegsschuld die Lebensinteressen von Reich und Großkapital zusammenführt. Die Interessen des kleinen Sparerers, der sich ja, was rühmend hervorgehoben werden muß, auch in weitgehendem Umfang an der Kriegsanleihezeichnung be-

teiligt hat, gehen nur auf den Rentengenuß, sie sind also ganz anderer Art, als die Interessen des Großkapitals.

Eine politische Abhängigkeit des Staates vom Großkapital bei unserer Staatsform ist nach meiner Meinung weniger zu fürchten als in dem von den Herren Abgg. Kolb und Muser als Beispiel hingestellten demokratischen Staate, für den der Herr Abg. Muser ein nachahmenswertes Beispiel, wie er selbst zugegeben hat, auch noch nicht gefunden hat. In dem demokratischen Staat werden, wie es ja auch schon der Herr Abg. Dr. Zehnter hervorgehoben hat, nach seiner ganzen Tendenz die Einzelinteressen viel mehr zur Geltung kommen und vor allem die Einzelinteressen, die die wirtschaftlich mächtigsten sind, das sind die Einzelinteressen des Kapitals. Das ist eine alte Erfahrung, und ich glaube nicht, daß die Lehren dieser Erfahrung von den Herren Abgg. Kolb und Muser werden geleugnet werden können.

Etwas anderes ist die Möglichkeit einer gewissen wirtschaftlichen Abhängigkeit des Staates, soweit er als Verbraucher auftritt, von einzelnen Großindustrien. Hier teilt aber der Staat das Schicksal aller Verbraucher. Es handelt sich hier um privatwirtschaftliche und nicht um politische Verhältnisse.

Der Gedanke, den der Herr Abg. Kolb bezüglich der Wagenbeschaffung durch unsere Eisenbahnverwaltung ausgesprochen hat, berührt diese gewiß sehr ernste Seite unseres Wirtschaftslebens, die drohende Verstrickung unserer Industrie, eine Gefahr, die dem größten Verbraucher, dem Staate, und innerhalb des Staates der Eisenbahnverwaltung ihre Wirtschaft sehr erschweren und verteuern kann. Die Eisenbahnverwaltung steht bei der Deckung ihres großen Bedarfs schon einer Reihe von Syndikaten gegenüber. Ich erwähne nur den Ring der Lokomotiv- und Wagenbauanstalten, den Stahlwerkverband, das Kohlenyndikat und andere. Es ist selbstverständlich, daß sich der Staat von privatkapitalistischen Koalitionen nicht vergewaltigen lassen darf. Sobald eine solche Gefahr droht, wird der Staat auf Wege sinnen müssen, seinen Bedarf außerhalb dieser Koalitionen zu decken, sei es, daß er selbst produziert oder daß er privatwirtschaftliche Unternehmungen aus diesen Koalitionen loslöst und von sich abhängig macht. Insofern kann ich die Darlegungen der Herren Abgg. Kolb und Muser wohl akzeptieren. Nicht ausgeschlossen ist ja, daß auf diesen Weg auch die Notwendigkeit der Erhöhung der Staatseinnahmen drängt.

Und nun noch ein Wort zu unseren badischen Finanzen. Der Herr Abg. Kolb hat das Bild unserer Finanzlage, das ich Ihnen gezeichnet habe, eine fata morgana genannt. Ich habe Ihnen, wie ich ja mußte, dargelegt, wie unsere Finanzlage sich zurzeit rein rechnerisch darstellt; ich habe aber gleichzeitig eindringlich davor gewarnt, daraus den Schluß zu ziehen, daß nun bei uns finanziell alles dauernd gesichert und in bester Ordnung sei. Ich habe auf die großen Ausgaben und die großen Aufgaben, die unserer harren, sogar unter Nennung von Zahlen, ausdrücklich hingewiesen. Insofern besteht zwischen dem Herrn Abg. Kolb und mir keine Meinungsverschiedenheit.

Der Herr Abg. Kolb preist uns nun aber wieder unter Hinweis auf die Städte als Allheilmittel die Schuldenwirtschaft an. Er tadelt, daß wir in der Bergangenheit viel zu wenig davon Gebrauch gemacht haben. Ich hätte geglaubt, daß die Kriegserfahrungen den Herrn Abg. Kolb von dieser Auffassung etwas geheilt hätten. Wir haben alle Veranlassung, Gott zu danken, daß wir nicht mit Schulden aus der

Friedenszeit belastet in den Krieg eintreten mußten (Sehr richtig! rechts) und in die schwere Zeit nach dem Kriege gehen müssen. Auch die sogenannten rentierenden Schulden können zum großen Sorgenkind für den Staat werden. Ich möchte beinahe glauben, daß auch die Städte, daß auch die Stadt Karlsruhe davon ein Lied singen kann. Hier heißt es, ernstlich prüfen und alle Möglichkeiten erwägen. Ich habe hier ja schon oft gesagt, daß zwischen Staatswirtschaft und Städtewirtschaft ein gewaltiger Unterschied ist. Was der Stadt frommt, kann für den Staat direkt ein Nachteil sein. Ich bin übrigens durchaus kein Feind von staatlichen Erwerbsunternehmungen, wenn sie nicht nur der Volkswirtschaft, sondern auch der Finanzwirtschaft des Staates dienstbar gemacht werden.

Wenn der Herr Abg. Kolb sagte, daß ich wohl nicht wisse, wie ich die großen Ausgaben nach dem Krieg decken werde, so kann ich ihn versichern, daß ich das sehr wohl wissen werde, sobald diese Ausgaben feststehen, was heute noch nicht der Fall ist. Vorerst besteht für uns ja auch noch die Möglichkeit, die für die laufende Wirtschaftsperiode bewilligte Erhöhung der Einkommenssteuer auch für die nächste Wirtschaftsperiode beizubehalten.

Über die Vereinfachung der Staatsverwaltung will ich nur Weniges sagen. Die Vereinfachung der Staatsverwaltung wird vieles verbessern — jede Vereinfachung ist an sich eine Verbesserung —, sie wird aber auch manche bisher als vorteilhaft angesehenen Einrichtung beseitigen müssen und in dieser Hinsicht vielleicht, ich will nicht sagen, als eine Verschlechterung, aber doch als eine unerwünschte oder in mancher Beziehung nachteilige Veränderung des derzeitigen Zustandes angesehen werden. Nicht alles, was für die Allgemeinheit von überwiegendem Vorteil ist, ist es auch für jeden Einzelnen und für jedes beteiligte einzelne Interessengebiet. Trotzdem wird die Vereinfachung durchgeführt werden müssen. Darüber ist man sich in allen Staaten klar, und jовiel mir bekannt, haben in sämtlichen Parlamenten die Regierungen dahingehende Erklärungen abgegeben.* Der Hauptnutzen der Vereinfachung der Staatsverwaltung ist die Ersparung von Verwaltungskosten, und der Zwang zum Sparen wird sie zur unerbittlichen Notwendigkeit machen. Wie weit man in der Vereinfachung wird gehen müssen, ob man neben dem unbedingt Notwendigen auch dem Wünschenswerten und dem Angenehmen in den Verwaltungseinrichtungen noch wird Konzessionen machen können, das hängt lediglich von dem Zwang der Verhältnisse ab, die der Kriegsausgang bestimmen wird. Ich kann also im heutigen Stadium nur sagen, daß etwas geschehen muß, aber nicht, wie weit gegangen werden muß.

Wenn man feinerzeit an diese Frage herangeht, dann wird man nicht planlos vorgehen können, sondern man wird nach festen Richtlinien verfahren müssen. Ich könnte mir als solche Richtlinien etwa folgende denken: Für jedes Gebiet der staatlichen Tätigkeit sollen nur so viele Beamte zur Verfügung gestellt werden, als bei voller Inanspruchnahme der Arbeitskraft jedes einzelnen in der vorgeschriebenen Arbeitszeit zur sachgemäßen und erschöpfenden Bearbeitung des betreffenden Tätigkeitsgebiets erforderlich sind. Dabei muß allerdings mit Durchschnittsarbeitskräften gerechnet werden, da, wie Sie ja am besten wissen, der Staat auch die geminderten Arbeitskräfte beizubehalten genötigt ist. Der Aufbau der Behörden muß dem sachlichen Bedürfnis entsprechen; er muß organisch und einfach gegliedert sein und eine leichte und rasche Zusammenarbeit der einzel-

nen Stellen ermöglichen; er muß ferner auch der fortgeschrittenen Entwicklung Rechnung tragen. Sonderinteressen, mögen sie nun lokaler oder mögen sie persönlicher Art sein, darf dabei ein irgend bestimmender Einfluß nicht eingeräumt werden. Veraltete und entbehrliche Einrichtungen, mag das noch so schmerzlich sein, müssen beseitigt werden. Die Zahl der Behörden soll das Bedürfnis nicht übersteigen. Die Abmessung der Bezirke soll der Leistungsfähigkeit der Behörde in der Weise angepaßt sein, daß der Vorstand in der Lage ist, die ihm nach der Größe seines Bezirks zukommenden Aufgaben voll zu übersehen und zu beherrschen. Zu kleine Bezirke sind ebenso von Übel wie zu große. Doppelarbeit muß, soweit nicht bei wichtigen Dingen die erforderliche Überprüfung oder der unvermeidbare Instanzenzug im Beschwerdeverfahren es notwendig macht, vermieden werden. Die Zuständigkeiten sind daher bei den untergeordneten Stellen soweit zu bemessen, als der Verantwortlichkeit und der Einsicht dieser Stellen anvertraut werden kann. Die einzelnen Tätigkeiten müssen der Stelle zugewiesen werden, bei der sie mit dem geringsten Aufwand von Arbeitskraft sachgemäß erledigt werden können. Jede Stelle soll mit einem Beamten von der Vorbildung besetzt werden, die zur richtigen Erfüllung der ihm obliegenden Geschäftsaufgabe notwendig ist. Es sollen also alle Stellen mit rein mechanischer Tätigkeit mit unteren Beamten, Stellen mit Verwaltungstätigkeit, die eine höhere wissenschaftliche Bildung nicht erfordert, nur mit mittleren und unteren Beamten besetzt werden. Nur soweit es zur sachlichen Ausbildung erforderlich ist, sollen untere Stellen von Anwärtern für höhere Beamtenstellen vorübergehend verwaltet werden dürfen; dabei sollten aber diese Anwärter keine höheren Vergütungen beziehen, als sie den geordneten Inhabern dieser Stellen zukommen. Alle Stellen, für die ein dauerndes Bedürfnis besteht und die einen Beamten voll beschäftigen, sollen nur so weit mit nichtetatmäßigem Personal besetzt werden, als nichtetatmäßige Stellen erforderlich sind, auf denen die Beamten vor ihrer etatmäßigen Anstellung in den Dienst eingeführt und auf ihre Brauchbarkeit erprobt werden können. Die Zahl der Anwärter muß genau dem Bedürfnis entsprechend gehalten werden. Es sollen also jährlich nicht mehr Anwärter angenommen werden dürfen, als der durchschnittliche jährliche Abgang und der durch die Geschäftsvermehrung erforderliche Mehrbedarf beträgt. Dabei ist an dem Grundsatz festzuhalten, daß die Ablegung der Staatsprüfung kein Recht auf Verwendung im Staatsdienste gibt. Der Staat kann sich bei Bemessung der Zahl der Beamtenanwärter unmöglich von der Neigung der Bewerber abhängig machen. Von den Geprüften sollen die Befähigtesten ohne Ansehen der Person in den Staatsdienst aufgenommen werden. Ob bei diesen Richtlinien alle Wünsche auf ihre Rechnung kommen, will ich dahingestellt sein lassen. Aber das oberste Interesse, das ist das Interesse des Staates, wird dabei jedenfalls tunlichst gewahrt werden.

Was die von dem Herrn Abg. Kolb hierzu gestellten Forderungen, d. i. die Aufhebung des Nachweises einer bestimmten Vorbildung vor Eintritt in die Beamtenlaufbahn und die Beseitigung des Pensionssystems anlangt, so kann ich diesen Forderungen nicht zustimmen. Daß wir dem Tüchtigen in der Staatsverwaltung weit die Tore öffnen, das ist auch meine Meinung. Da muß ich aber doch darauf aufmerksam machen, daß es gerade dieses Hohe Haus war, das uns bei der letzten Neuordnung der Verhältnisse in übergroßer Sorge für die Wahrung der Beamten-

interessen die Zwangsjacke angelegt hat, indem es für das Vorrücken der Beamten, nicht wie die Groß. Regierung wünschte, die Leistungen und die Verwendbarkeit, sondern lediglich das Dienstalter als maßgebend bestimmt hat. Hier dürfte bei Gelegenheit manches zu ändern sein. Auf den Nachweis eines gewissen Maßes von Kenntnissen kann der Staat aber bei seinen Beamtenanwärtern ebensowenig verzichten, wie ein anderer Arbeitgeber. Jeder Meister verlangt, ehe er einen Gesellen einstellt, den Nachweis, daß er eine ordentliche Gesellenprüfung gemacht hat; und genau so ist es auch bei dem größten Arbeitgeber, dem Staat. Wenn der Herr Abg. Kolb meint, daß die Volksschulbildung genüge für die Schreiberdienste der mittleren Beamten, so verkennt er vollkommen die Bedeutung der diesem wichtigen Beamtenstande obliegenden großen Aufgaben im Staatsorganismus. Er hat ja Gelegenheit, sich bei verschiedenen seiner Herren Kollegen darüber aufklären zu lassen. Die Aufhebung des Pensionsystems ist meines Erachtens nicht diskutabel. Das Pensionsystem ist ein Teil der großen sozialen Gesetzgebung und ist ebenso berechtigt wie die Altersversicherung der Arbeiter. Mehr will ich darüber nicht sagen.

Der Herr Abg. Kopf hat den zur Abwehr eines übergroßen Andrangs von Beamtenanwärtern empfohlenen numerus clausus eine Grausamkeit genannt. Ich kann dem nicht zustimmen. Ich halte den numerus clausus im Gegenteil für eine Wohltat. Eine Grausamkeit dagegen ist es, junge Leute als Anwärter für den Staatsdienst anzunehmen und sie jahrelang hinzubehalten ohne die Möglichkeit zu haben, ihnen eine angemessene Stellung zu geben. Der numerus clausus muß allerdings, wie dies bei der Forstverwaltung der Fall ist, so früh einsetzen, daß der junge Mann in seiner Berufswahl nicht geschädigt wird. Wir haben in der Finanzverwaltung mit dem numerus clausus gute Erfahrungen gemacht. Ich rechne zu dem numerus clausus auch die von mir schon zu Anfang meiner Minister Tätigkeit veranlaßte Schließung der Anwärterlisten für die mittleren Beamten und die vollständige Einstellung der Aufnahme von Anwärtern für die höheren Stellen. In den 7 Jahren, in denen ich Minister bin, zehre ich an dem großen Vorrat von Beamtenanwärtern, den ich übernehmen müssen, und dieser Vorrat ist trotz der überaus beklagenswerten Kriegsverluste noch lange nicht aufgezehrt. Für den Lückigen ist überall Gelegenheit, sich Geltung zu verschaffen, es muß nicht gerade der Staatsdienst sein.

Und nun noch ein paar Worte über die uns beschäftigenden Eisenbahnfragen. Was die Erhöhung des Personentarifs und die Einführung der 4. Wagenklasse anlangt, so kann man es gewiß sehr bedauern, daß wir uns zu diesen, wie ich sehr gern zugebe, unerwünschten Maßnahmen genötigt sehen. Aber die Notwendigkeit dieser Schritte wird man, wenn man sich verurteiltsfrei auf den Boden der Tatsachen stellt, nicht leugnen können.

Was speziell die Einführung der 4. Wagenklasse anlangt, so habe ich in der Kommission ganz offen zugestanden, und ich scheue mich nicht, dies auch hier ganz offen zu sagen, daß ich nicht mit besonderer Begeisterung mich zu diesem Schritt entschließen, etwa weil ich darin einen technischen Fortschritt, eine technische Errungenschaft erblicke. Ich gebe gern zu, daß rein theoretisch betrachtet, das Zweiklassensystem betrieblich einfacher und vielleicht auch besser ist wie das Vierklassensystem. Aber die harte Wirklichkeit nötigt oft, über die schönsten Theo-

rien zur Tagesordnung überzugehen, und so ist es auch hier. Die Tatsachen, die gebieten, sind zwei: erstens der Zwang, für einen Ausgleich der Einnahmen mit den gewaltig gestiegenen Ausgaben zu sorgen, wenn wir unsere Eisenbahnen lebensfähig und entwickelfähig erhalten wollen; zweitens die Unmöglichkeit, als kleiner Eisenbahnstaat, der nur über ein Dreißigstel des deutschen Eisenbahnnetzes verfügt, eine eigene oder, ich möchte beinahe sagen, eigeninnige Eisenbahnpolitik zu treiben. Wo bliebe denn da die allseitig dringend geforderte Einheitlichkeit der deutschen Eisenbahnverwaltungen?

Was den ersten Punkt anlangt, so habe ich schon bei Vorlage des Kreditgesetzes auf die große Ausgabesteigerung in der Eisenbahnverwaltung hingewiesen, und ich habe gleichzeitig darauf hingewiesen, daß eine Subventionierung der Eisenbahnen durch die allgemeine Staatsverwaltung künftig unter keinen Umständen mehr zulässig ist. Im Gegenteil, wir werden die Verwirklichung meiner Anregung, die staatlichen Unternehmungen mehr auch den Staatsfinanzen dienstbar zu machen, vielleicht auch, wie dies in anderen Staaten schon überall der Fall ist, auch bei den Eisenbahnen versuchen müssen. Jedenfalls wäre es nicht unbillig, wenigstens die Verzinsung des von der allgemeinen Staatsverwaltung in die Eisenbahnverwaltung hineingesteckten Kapitals in der Zukunft zu verlangen. Die Eisenbahnverwaltung hat also jedenfalls mindestens die Einnahmen aus dem Unternehmen herauszuwirtschaften, die für die Deckung ihrer Ausgaben einschließlich des Zinsendienstes notwendig sind.

Über die Höhe der Ausgabensteigerung habe ich in der Kommission Zahlen genannt. Auf dem Gebiete der sachlichen Ausgaben ist die Grundlage für die Berechnung der Steigerung, mit der wir nach dem Kriege rechnen müssen, eine unsichere. Ich erwähne nur, daß die Steigerung der Kohlenpreise etwa 100 Prozent beträgt. Der preussische Eisenbahnminister hat im preussischen Eisenbahnrate mitgeteilt, daß die Preissteigerung für Schienen 52 Prozent, für Werkstoffe aus Eisen 128 Prozent, für Werkstoffe aus Stahl sogar 171 Prozent und bei den Werkstoffhölzern 175 Prozent, bei den Fahrzeugen 68 bis 95 Prozent beträgt. Diese Zahlen gelten auch für uns. Eine Lokomotive, für die wir vor dem Krieg etwa 100 000 M. bezahlt haben, müssen wir heute mit etwa 200 000 M. bezahlen. Nun sind das ja Kriegspreise, und ich nehme sicher an, daß nach dem Kriege wieder ein Zurückgehen dieser Preise eintreten wird. Aber daß wir wieder auf das alte Niveau, wie es vor dem Krieg war, kommen werden, das glaube ich nicht, das ist schon infolge der Steuergesetzgebung nicht möglich. Also ein Teil dieser Ausgabesteigerungen wird auch den Krieg überdauern, mit dem wird auch nach dem Kriege noch zu rechnen sein.

Bezüglich der Berechnung der Steigerung der Personalkosten haben wir eine sicherere Grundlage. Der Kriegslohnzuschlag, der sich nach dem Krieg in eine reguläre Lohnerhöhung umwandeln wird, belastet die Eisenbahnverwaltung mit 2,4 Millionen Mark; die beabsichtigte Kriegszulage an die unteren Beamten, die ebenfalls dauernd bleiben wird, mit 1,6 Millionen M. Die Teuerungszulagen nach der beabsichtigten Neuregelung ergeben eine Belastung von 6,3 Millionen, das ist zusammen eine Mehrbelastung des Personalaufwands von rund 10,5 Millionen M. Im Ganzen wird die Ausgabesteigerung geschätzt werden können auf 15—20 Millionen M. Wenn nicht durch eine Einnahmeerhöhung für einen Ausgleich gesorgt wird, ist die Verzinsung der

Eisenbahngeld in Frage gestellt, ganz abgesehen von der Möglichkeit einer Tilgung.

Für die erforderliche Einnahmeerhöhung sind nun vier Möglichkeiten gegeben. Ich habe sie in der Kommission ausgeführt und will es auch hier tun. Es ist 1. die Einparung durch Vereinfachungen im Betrieb und in der Verwaltung, 2. die Erhöhung der Personentariife, 3. die Erhöhung der Gütertariife und 4. für die Staaten, die die 4. Klasse noch nicht haben, das ist das rechtsrheinische Bayern und Baden, die Einführung der 4. Wagenklasse. Wir sind genötigt, alle 4 Möglichkeiten nach Tüchtigkeit auszunutzen, wenn wir uns die Einnahmen schaffen wollen, die wir unter allen Umständen notwendig haben, um Einnahmen und Ausgaben im Gleichgewicht zu erhalten.

Wegen der Erhöhung der Tariife haben Beratungen der Eisenbahnverwaltungen stattgefunden, die zu einheitlichen Vorschlägen geführt haben. Die allgemeine Erhöhung des Gütertariifs soll verschoben werden, bis nach dem Krieg die wirtschaftlichen Verhältnisse wieder so weit geordnet sind, daß die Belastungsmöglichkeit der einzelnen Güterklassen wieder übersehen werden kann. Zunächst soll nur eine Art Vereinigung der Gütertariife durch Beseitigung entbehrlicher Ausnahmetariife und ähnlicher Vergünstigungen stattfinden. Dem auf den 22. d. M. von mir einberufenen Eisenbahnrat wird eine Denkschrift zur Begutachtung und Äußerung vorgelegt werden.

Bezüglich des Personentariifs wird einschließlich der neuen Fahrkartensteuer, die in Höhe von 10—16 Prozent je nach den Klassen vom Reichstag bewilligt worden ist, eine Erhöhung von 20—25 Prozent vorgeschlagen, so daß die Sätze künftig betragen werden: in der 1. Klasse 9 Pfennig, in der 2. Klasse 5,7 Pfennig, in der 3. Klasse 3,7 Pfennig und in der 4. Klasse 2,4 Pfennig. Das würde für uns in Baden eine Mehreinnahme von 2,4 Millionen Mark ergeben. Ich freue mich, daß diese Erhöhung bei allen Parteien Zustimmung erfahren hat. Das ist auch in dem bayerischen Eisenbahnrat vor einigen Tagen der Fall gewesen.

Die Einführung der 4. Wagenklasse, über die die Meinungen in diesem Hohen Hause geteilt sind, ergibt für Baden eine Mehreinnahme von 1,1 Millionen Mark. Auch auf diese Mehreinnahme können wir nicht verzichten, und sie erscheint mir außerdem gerechtfertigt.

Wir fahren jetzt in der 3. Klasse als Klasse 3b nach dem Ergebnis des letzten Friedensjahres 1913 ohne Militär 78,4 Prozent aller Reisenden, und 58,5 Prozent der sämtlichen gefahrenen Personenkilometer zum Satz der preußischen 4. Klasse, also zum Zweipfennigsatz. Preußen führt zu diesem Satz in seiner regulären 4. Klasse nur 45,5 Prozent der Reisenden und 44,45 Prozent der Personenkilometer. Man sieht hieraus, wieviel weitergehende Erleichterungen unsere Bahnen den Reisenden gewähren als die preußischen Bahnen, obwohl diese größere Liberalität ihre Begründung keineswegs in einer besseren finanziellen Lage unserer Bahnen gegenüber den preußischen finden könnte; gerade das Gegenteil ist der Fall. Zweitens sieht man daraus, daß wir einem großen Teil der Reisenden die Vergünstigung der niederen Tare zukommen lassen, für die sie nicht bestimmt ist. Wir fahren eine große Zahl wohlhabender Reisenden zu Preisen, die unsere Selbstkosten nicht decken. Diesen Luxus können wir uns fernerhin nicht mehr leisten. Wer die größere Annehmlichkeit der 3. Klasse benutzen will, der muß eben, wie dies in allen anderen Staaten der Fall ist, auch die

dafür bestimmten Preise bezahlen. Wenn wir das nicht wollten, müßten wir, bei Beibehaltung der 3b-Klasse ähnlich verfahren, wie Württemberg es getan hat, d. h. wir müßten für die 3b-Klasse einen Satz erheben, der zwischen dem Tariffatz der 4. Klasse und dem der 3. Klasse liegt, also statt 2,4 Pf. etwa 2,7 Pf. Württemberg erhebt bekanntlich für seine 4. Klasse, die etwas besser ausgestattet ist, als die preußische, 0,3 Pfennig mehr als Preußen und als wir für unsere 3b-Klasse. Wenn wir diesen Weg gehen würden, dann würden unsere Reisenden den niederen Tarif der 4. Klasse vollständig entbehren. Den Vorteil der Begüterten, zu einem unter dem Normalatz für die 3. Klasse liegenden Satz in der 3. Klasse fahren zu dürfen, den hätten dann die Minderbegüterten zu büßen, die Minderbegüterten, die durch ihre ganze Vermögenslage auf die unterste Klasse angewiesen sind. Wenn wir diese beiden Möglichkeiten — und es gibt keine andere — erwägen, dann müssen wir zugeben, daß die Einführung der 4. Klasse ganz entschieden den Vorzug verdient. Und in diesem Sinne ist es ganz richtig, wenn der Herr Abg. Dr. Behner die 4. Klasse eine Wohltat genannt hat. (Abg. Kolb: Eine Wohltat für alle, die sie nicht benutzen müssen!). Gewiß, es wird sich in der 4. Klasse nicht angenehm fahren, aber die Vermögensverhältnisse sind eben auch da maßgebend. Man wird die Annehmlichkeit, die man sich gestatten kann, immer nach seinem Geldbeutel bemessen müssen. — Es ist tatsächlich auch nicht zu bestreiten, daß die 4. Klasse, wenn auch keine Wohltat, aber doch eine Bequemlichkeit darstellt für die Reisenden mit Traglasten.

Nachdem sich Bayern, wie ich schon gesagt habe, zur Einführung der 4. Wagenklasse für sein gesamtes Staatsgebiet entschlossen hat, wäre Baden der einzige Staat, der diese Klasse nicht selbst führt, während von allen Seiten, von Westen, von Osten, von Norden, die 4. Wagenklasse in unser Land hereinkäme und fast auf allen unseren Linien verkehrte. Wir sind nicht in der Lage, die fremden 4. Klassenwagen etwa als lästige Ausländer von unseren Grenzen auszuschließen; wir können die 97 Prozent der deutschen Bahnen nicht zwingen, sich nach unseren Neigungen und Abneigungen zu richten, sondern wir müssen, wenn wir die stets geforderte und auch unbedingt notwendige Einheitlichkeit im deutschen Eisenbahnwesen erreichen wollen, uns eben den anderen anpassen. Ich halte deshalb die Einführung der 4. Klasse, mag dagegen sprechen, was will, für praktisch unvermeidbar. Dem Herrn Abg. Rebmann, der die 4. Klasse ablehnt, weil sie eine Verkehrsverschlechterung bedeute, möchte ich sagen, daß er nach dem Kriege manche Bequemlichkeit im Reiseverkehr wird entbehren müssen, weil wir uns eben den Keiselerus, wie er vor dem Kriege bestand, wenigstens für eine Reihe von Jahren nicht mehr leisten können. Wir werden einfacher und bescheidener werden müssen. Ich habe das hier, glaube ich, schon einmal gesagt. Ich bemerke übrigens ausdrücklich, daß wir im Falle der Einführung der 4. Wagenklasse diese Klasse nicht ausschließlich mit Wagen norddeutscher Bauart, die neben Sitzplätzen auch Stehplätze, insbesondere zum Abstellen der Traglasten enthalten, führen, sondern daß wir daneben auch reine Sitzbankwagen, insbesondere für den Arbeiterverkehr führen werden. Damit werden wohl manche entgegenstehende Bedenken beseitigt werden. Ich habe die feste Zuversicht, daß diejenigen von Ihnen, die dem Gedanken heute noch widerstreben, bei sorgfältiger Erwägung aller Momente auf ihrem Widerspruch nicht beharren werden.

Das Wort erhalten weiter:

Abg. Dr. Schofer (Zentr.):

In den häuslichen Streit der Sozialdemokratie werden wir uns nicht einmischen. Wir folgen der Einladung Dantes: Schau hin und geh' vorbei! (Abg. Kolb: Wer im Glashause sitzt!). Ich glaube, das Glashaus dürfte wo anders sein! — Soweit politische Momente in den Reden hervorgetreten sind, werde ich sie an dem gegebenen Platz zur Sprache bringen.

Ich will nun zunächst einige unpolitische Fragen erläutern, und zwar zu dem Kapitel der Stimmung im Volke. Ich glaube wir haben alle miteinander das allergrößte Interesse daran, sowohl die Volksvertretung, wie die Regierung, wie das ganze Volk, daß die Stimmung eine möglichst gute ist und als möglichst gut erhalten bleibt. Nun wird mir eben mitgeteilt, daß jetzt kurz vor der Ernte — wir stehen eben vor der Heuernte, und die Fruchternte wird unmittelbar folgen — namhafte Einziehungen von Rekruten erfolgen. Wenn eine solche Maßnahme auf dem Lande auf 14 Tage bis 3 Wochen verschoben werden könnte, so würde das natürlich die Stimmung wesentlich heben (Sehr richtig!), dagegen würde die Einziehung der Leute sie natürlich wohl im gegenteiligen Sinne beeinflussen (Sehr richtig!). Aber auch in dem Punkte kann es Notwendigkeiten geben, über die man nicht hinwegkommt. Über dem, was die Stimmung draußen betrifft — darin ist das ganze Volk wohl einig — steht das, was wir brauchen an den Fronten in Ost und West, in Süd und Nord und draußen auf dem Weltmeere. Wenn die Interessen eine Notwendigkeit darstellen, so wird wohl im ganzen Lande niemand sein, der sagt: Es soll die Einziehung unterbleiben (Sehr gut! im Zentrum). Wenn es dagegen angeht, dann wäre es ein außerordentlich wichtiges Moment, die jungen Leute auf dem Lande noch ein paar Wochen zurückzustellen und sie dann erst zum Militär, zur Fahne einzuziehen.

Ein zweiter Punkt, der die Stimmung unseres Volkes wesentlich beeinflussen wird, das ist die Konfiskation der Glocken auf unseren Türmen. Es wird kaum etwas so tief in das Gemütsleben unseres Volkes eingreifen, wie das Herabholen der Glocken von unseren Kirchtürmen und erst das Herabholen der Glocken von den einsamen schönen Kapellen unserer Schwarzwaldhöfe. Ich glaube, da wird es ab und zu einmal Tränen geben, wenn die lieben Freunde aus ihrem religiös geweihten Dienst herausgeholt und zur Fahne, zum harten Kriegsdienst bestimmt werden. Es ist aber auch hier — das ist ein ehrendes Zeugnis für unser Volk —, wenn man mit ihm spricht, nur eine Stimme zu hören: Ist es eine Notwendigkeit, in Gottes Namen, dann sollen auch die Glocken ziehen und mit ihrem ehernen Leibe unser Vaterland verteidigen und schützen (Beifall). Es ist das ein glänzendes Zeugnis für die Auffassung unseres Volkes. Aber dann sollte auch alles vermieden werden, was diese Stimmung, ohne daß es notwendig wäre, herabmindert (Sehr gut! im Zentrum), und dazu gehört nach meinem Dafürhalten die Festsetzung des Preises für die Glocken. Denn das wird dem Volke bekannt, daß hier nicht alleweg die Sache so geordnet ist, wie man es füglich wünschen möchte. Es sind für Geläute unter 665 kg 3,50 M. pro kg bestimmt und über 665 kg nur 2 M. mit einer einmaligen Grundgebühr von 1000 M. Man versteht die Differenzierung nicht, und wie diese Bestimmungen wirken, dafür ein Beispiel. Nehme ich eine kleine Kirche mit einem Geläute von

600 kg, so bekommt sie 2100 M. Nehme ich eine große Kirche mit einem herrlichen Geläute von 6000 kg, dann bekommt sie 13 000 M., und sie bekäme nach dem ersten Satz 21 000 M., wir haben also einen glatten Verlust von 8000 M. In Österreich hat man die Glocken auch geholt. Aber hier hat man den Unterschied nicht gemacht. Man hat dort pro Kilo ohne Unterschied 4 Kronen bezahlt. Ich habe für diesen Unterschied, der bei uns gemacht wird, kein Verständnis. Nun ist allerdings ein Rechtsmittel gegeben, um den Gemeinden zu ihrem Rechte zu verhelfen; sie können sich an das Reichsschiedsgericht wenden, und man kann nur wünschen, daß jede Gemeinde, die sich beschwert fühlt, nach der bezeichneten Richtung, den Weg betritt. Man wird aber auch wünschen müssen, daß im Reichsschiedsgericht nicht nur die Interessenten der Kriegsgesellschaft, sondern auch der Sachverständige seinen Platz hat (Sehr gut! im Zentrum), um die Interessen des Volkes wahrzunehmen. Ich höre auch, in Bayern würden nur die Glocken bis zum Jahre 1770 in Frage kommen; die zurückliegenden würden wegen ihres Altertumswertes in den Kirchen und auf den Türmen belassen. Wir haben diese Grenze nicht, und es scheint, daß wir in dem Punkte wieder einmal etwas mehr zu Opfern herangezogen werden als unsere Nachbarn unter der blauweißen Fahne. Ich würde auch gewünscht haben in Anbetracht des Opfers, das die Gemeinden bringen, daß man die Herabnahme auf allgemeine Kosten genommen hätte und daß auch die Allgemeinheit das Risiko tragen würde, und ebenso möchte man wünschen, daß die Zusage bezüglich der Wiederanschaffung von Geläute bindenderen Charakter gehabt hätte, als das bis jetzt der Fall ist (Sehr richtig! im Zentrum). Die Glocken werden hinausziehen und werden draußen ihre Pflicht und Schuldigkeit tun, vereint mit unseren feldgrauen Kriegerern. Es wird einstens die Zeit kommen, in der diese Tatsache künftigen Generationen erzählt wird als Beweis dafür, wie die Väter von ehemals in bitterer, schwerer Not ihr Bestes und Schönstes und Größtes geopfert haben im Interesse des Vaterlandes, um ein freies, ein blühendes Vaterland den kommenden Generationen zu hinterlassen (Lebhafter Beifall im Zentrum).

Ein anderer Punkt, der die Stimmung namentlich auf dem Lande sehr beeinflusst, ist die Drangabe der Brennfessel. Nur ein Gedanke, der vielleicht zur Hebung der Stimmung etwas beitragen kann! Es ist gesagt, daß die Brennfessel bis auf einen in jedem Orte geholt würden. Ich fürchte, daß dann manches Material ungenützt bleibt. Wie wäre es denn, wenn etwas differenziert würde und in den großen Orten unseres Schwarzwaldes und Obenwaldes mit ihren weiten zerstreuten Zinken man sagen würde: Jedem Zinken einen Brennfessel. In den kleinen Orten, die nahe beieinander liegen, kann man dagegen vielleicht eher sagen einen für zwei bis drei Orte zusammen etwa in dem zentral gelegenen Orte. Ich glaube damit würde man auch der Ausnützung der Materialien und würde zugleich der Stimmung wesentlich Rechnung tragen, wenn dieser Gedanke noch zur praktischen Beachtung gebracht werden könnte.

Im Vorbeigehen will ich auch noch auf etwas aufmerksam machen, von dem hier gesagt worden ist, daß es die Stimmung leider Gottes ungünstig beeinflusse, und das ist die Zusammenlegung von Baugeschäften bei uns, die aber in Preußen, Bayern und Württemberg nicht verlangt werde. Ich kann die Sache nicht beurteilen, ich gebe sie so wieder, wie man es mir gesagt hat. Von diesen unpolitischen Fragen will ich nun weggehen zu den mehr politischen Fragen, und zwar an

die Spitze eine stellen, die sowohl dem Wirtschaftsleben als der Politik angehört, ich meine nämlich das amtliche Verkündigungswesen. Dieses Publikationswesen der Großh. Regierung ist von der allerhöchsten Bedeutung. Volk und Regierung haben das allergrößte Interesse daran, daß die zahlreichen Bekanntmachungen bis in die letzte Hütte auch unseres Schwarzwaldes und Odenwaldes bekannt werden, haben das größte Interesse daran, daß sie auch verstanden werden, und zwar nicht nur in dem, was sie wollen, sondern auch in ihrer Begründetheit. Die Regierung hat das allergrößte Interesse daran, daß auch zur Danachachtung bis in die letzte Hütte hinein aufgemuntert wird. Wenn ich nun die Frage stelle, ob die jetzige Art der Publikation dieser hohen Aufgabe gerecht wird, so muß ich diese Frage verneinen (Sehr richtig! im Zentrum). Der privilegierte Amtsverkündiger ist nicht immer das verbreitetste Blatt in der betreffenden Gegend; ich erinnere an Neckirch, an Konstanz, an Donaueschingen, an Waldshut, an Offenburg, an Waldkirch. Ich könnte noch eine ganze Reihe von Amtsbezirken aufzählen, wo meine Kritik zutrifft. Wir haben also die Tatsache, daß der Amtsverkündiger nur eine Minderheit in dem Bezirke zu seinen Beziehern zählt, während nebensächlich andere Blätter bestehen, die weitaus mehr verbreitet sind. Man hat das offenbar seitens der Regierung auch gefühlt. Man hat es aber besonders im Volke gefühlt, und man ist jetzt auf ein Hilfsmittel gekommen. Man hat sogen. bezahlte Hinweise in die anderen Zeitungen gesetzt, um das Publikum darauf aufmerksam zu machen, daß im Amtsverkündiger etwas für es steht. Nun gleich eine Bemerkung zu dem „bezahlt“, das muß man nämlich in Gänjesüßchen sehen. Ich habe da in meiner Mappe Zuschriften vom Freiburger Bezirksamt an die dortige Presse, worin die Aufnahme zwar verlangt wird, aber immer „unbezahlt“ dabei steht; da steht das „un“ vor dem „bezahlt“, und ich höre, die Zeitungen hätten auch bis jetzt wenigstens für einen guten Teil dieser Hinweise nichts bekommen, sie seien für einen Teil dieser sogen. bezahlten Hinweise bis zur Stunde noch unbezahlt. Ich gebe auch diese Dinge wieder, wie ich sie gehört habe, wie man sie mir gesagt hat. Ich selbst kann sie nicht nachkontrollieren. — Aber auch dieses Auskunftsmittel der Hinweise ist doch eine starke Zumutung in der gegenwärtigen Zeit für das Publikum. Wenn der Teil der Bevölkerung, welcher aus politischen Gründen den Amtsverkündiger nicht hält, solch einen Hinweis in seiner Presse sieht, dann hat er die Aufgabe, trab, trab zu laufen, um zu sehen, wo er den Amtsverkündiger findet und dann die Sache in dem Amtsverkündiger zu studieren. Ich glaube, das sollte man in der gegenwärtigen Zeit unsern braven Volke nicht zumuten. Ich weiß auch nicht, ob nicht auf diese Verhältnisse ein guter Teil der Verfehlungen gegen die Bekanntmachungen zurückzuführen ist, weil man nicht in der Lage war, sich so zu orientieren, wie man sich orientiert hätte, wenn das Publikationswesen in anderer Weise besorgt gewesen wäre.

Zur Illustration, wohin dieses gegenwärtige Publikationswesen führt, darf ich kurz auf einen Prozeß hinweisen, den die „Freiburger Tagespost“ über sich ergehen lassen mußte. Die „Freiburger Tagespost“ sah, daß das Publikum nach den Bekanntmachungen verlangt und hat auf eigene Kosten die wichtigsten Bekanntmachungen aus den verschiedenen Ämtern des Oberlandes gesammelt, zusammengestellt und herausgegeben. Da dieses Blatt natürlich einen Titel haben mußte — das

Kind mußte einen Namen haben — hat man ihm den zutreffenden Namen gegeben, der in der Sache lag, nämlich „Amtliche Bekanntmachungen aus den Amtsbezirken Emmendingen usw.“ Das hat aber den Amtsverkündiger geärgert, er fühlte sich in seinen privilegierten Einnahmen bedroht, und er hat Klage angestrengt. In der ersten Instanz wurde er abgewiesen, in der zweiten Instanz aber bekam er recht, und wir haben nun die Tatsache, daß die „Freiburger Tagespost“, die auf Kosten ihrer Tasche dem Volke die Bekanntmachungen mitgeteilt hat, die doch wahrhaftig sehr wichtig sind und an deren Publikation der Staat ein Interesse hat, für die Wahrnehmung des Staatsinteresses und des Interesses des Volkes verknurrt worden ist (Geiterkeit), dazu verurteilt worden, den Titel zu ändern. Nun glaube ich, daß derartige Zustände wirklich nach Abänderung rufen; ich meine, wir gehen nicht zu weit, wenn wir sagen: diese Dinge sollten noch im Laufe der kürzesten Zeit geändert und dem Volke das gegeben werden, was es füglich beanspruchen kann. Es ist auch eine eigentümliche Zumutung: Die ganze andere Presse soll das Ding womöglich umsonst machen, und der eine Amtsverkündiger hat dann die entsprechenden Einnahmen. Wir haben verschiedentlich gehört, daß das Zeitungswesen nicht auf Rosen gebettet ist, und ich glaube, daß die Zukunft die Sache nicht bessern wird, solange der Krieg andauert. Infolgedessen wäre die Abänderung ein dringendes Bedürfnis.

Wie auch im andern Lager die Sache beurteilt wird, das zeigt mir eine Auslassung der „Volksstimme“ zu dem Prozeß. Sie schrieb, als das Urteil bekannt geworden war: „Man sollte glauben, daß es nur im Interesse der Staatsregierung wie in dem der Öffentlichkeit liegen könnte, wenn den amtlichen Bekanntmachungen der Staatsbehörden weiteste Verbreitung gesichert wird. Ob das nun durch den privilegierten Amtsverkündiger allein geschieht, oder ob auch andere Blätter freiwillig dabei mithelfen, das, so meinen wir, sollte schließlich den Behörden doch zum mindesten gleichgültig sein, letzteres sogar erwünscht sein. Auf keinen Fall aber scheint uns eine monopolartige Privilegierung einzelner Presseorgane im öffentlichen Interesse zu liegen.“ Das Organ greift dann noch etwas das Urteil an. Ich meine, ehe man das angreift, muß man die Zustände angreifen, auf denen das Urteil als logische Konsequenz sich aufbaut.

Dieses Publikationswesen gehört der inneren Verwaltung an, und zu dieser inneren Verwaltung muß ich dann auch noch eine Bemerkung machen. Ich werde sie in aller Ruhe und in aller Sachlichkeit machen. Wenn man die Verhältnisse anschaut, wie sie liegen, so muß man konstatieren, daß in der inneren Verwaltung dem Zentrumsmann bis jetzt der Zugang verwehrt war, mindestens de facto. Von einem Zufall kann hier wohl nicht geredet werden. Wenn es zum Dienst an der Front geht, dann kommt der Zentrumsmann wie der andere; wenn es zur Kriegsanleihezeichnung geht, dann zeichnet der Zentrumsmann wie der andere, mit demselben Eifer; wenn es an die großen Aufgaben in der Heimat geht, dann ist der Zentrumsmann gerade so da wie jeder andere, und tut seine Pflicht und Schuldigkeit. Das ist gestern auch anerkannt worden, und da bin ich und sind wir der Meinung, daß dem Zentrumsmann auch der Weg, für den er die nötigen Voraussetzungen nach der wissenschaftlichen Seite, nach der Vorbildung bietet, offenstehen muß.

Der Einwand, es könnte Gewissenskonflikte geben, weil er nun einmal die politische Richtung der Regierung zu vertreten habe, fällt in dem Augenblick in sich zusammen, wo die Regierung tatsächlich, was sie als Erbe aus dem Ministerium von Brauer übernommen hat, über den Parteien steht oder neben den Parteien — wie man es ausdrücken will — und sich eine Politik der Gerechtigkeit als Richtschnur vorzeichnet; dann wird es unlösliche Gewissenskonflikte nicht geben.

Zu den politischen Fragen gehören auch die Wahlrechtsfragen, die in diesem Hause erörtert worden sind. Von den Wahlrechtsfragen sind es zwei, die besonders der Gegenstand der Debatte waren, nämlich das Frauenstimmrecht und der Proporz. Im Frauenstimmrecht ist insofern ein gewisses Novum eingetreten, als der Führer der nationalliberalen Partei sich für dasselbe ausgesprochen hat, allerdings wenn ich richtig verstanden habe, mit Einschränkungen, die in der Kommission bei der Raschheit, mit der dort die Verhandlung vor sich ging, wohl nicht ausgesprochen worden sind. Im Jahre 1910 war bekanntlich ein Antrag auf Einführung des Frauenstimmrechts von der sozialdemokratischen Partei gestellt worden, er kam aber nicht zur Annahme, weil ein erheblicher Teil der nationalliberalen Partei mit uns gestimmt, nämlich eine ablehnende Haltung angenommen hat. Ich glaube aus allen Anzeichen schließen zu dürfen, daß eine wesentliche Änderung in der Anschauung der nationalliberalen Fraktion hier nicht zu verzeichnen ist nach dem, was man gestern aus den Ausführungen merken konnte.

Die Begründung, die man für Einführung des Frauenstimmrechts gerade jetzt für die Zeit nach dem Kriege gibt, geht wesentlich dahin, daß man sagt, die Frauen haben sich während des Krieges so ausgezeichnet bewährt, daß man ihnen nachher das Frauenstimmrecht geben muß. Wenn wir alle, die sich im Krieg bewährt haben, mit dergleichen Belohnungen zufriedenstellen sollen, dann müssen wir auch noch anderen das Stimmrecht geben. Es haben sich die jungen Leute von 12 bis 17 Jahren ausgezeichnet bewährt. Ich habe oft meine Freude, wenn ich so durchs Land fahre und so einen jungen Mann, der kaum der Schule entwachsen ist oder vielleicht sogar noch in die Schule geht, wie er hinter dem Pflug hergeht und wie ein Alter pflügt; da habe ich meine helle Freude daran. Diese jungen Leute haben sich bewährt — also Stimmrecht! (Abg. M u s e r: Sie bekommen es ja, sie brauchen nur älter zu werden!) Sie bekommen es später, ja, aber Sie müßten es ihnen jetzt schon geben. Die Frauen haben sich bewährt und haben Ausgezeichnetes geleistet, aber es wäre töricht, wenn man seine Augen vor dem verschließen wollte, was für Schaden diese Verwendung der Frauen zu Arbeiten angerichtet hat, die ihnen eigentlich nach ihrer physischen und seelischen Organisation nicht zusteht und die sie gezwungen sind durch Jahre hindurch zu machen, es wäre töricht, wenn man vor der Verwüstung — davon darf man schon reden — die Augen verschließen wollte (Sehr richtig! beim Zentrum). Diese Beobachtung zwingt einem, zu sagen: Möglichst bald wieder dafür sorgen, daß sie wieder zu den geordneten Beschäftigungen, die ihnen nach ihrer ganzen Organisation zusteht und wofür sie geschaffen sind, zurückkehren können (Sehr richtig! beim Zentrum). Das ist nach meinem Dafürhalten der richtige Schluß. (Abg. N e u h a u s: Sonst gibt es gar keine Kinder mehr!).

Der Herr Abg. M u s e r, der ja eine so bewegliche Rede für das Frauenstimmrecht gehalten hat, hat das Haus

aufgefordert, doch einmal Gründe zu nennen, warum man denn so gegen das Frauenstimmrecht ist. Wenn der Herr Abg. M u s e r wieder einmal so einen hohen Flug in die höchsten himmlischen Regionen der Zukunftsdemokratie unternimmt, dann sollte er von seinem Büchergestell den Schiller herunterholen und mitnehmen und einmal das wundervolle Gedicht „Die Glocke“ lesen; dann wird er unter anderem auch folgende Stelle finden:

„Der M a n n muß hinaus
Ins feindliche Leben,
Muß wirken und streben
Und pflanzen und schaffen,
Erlisten, erraffen,
Muß wetten und wagen,
Das Glück zu erjagen.“

Von der Frau heißt es aber ganz anders:

„Und drinnen waltet
— nämlich im Hause —
Die züchtige Hausfrau,
Die Mutter der Kinder,
Und herrscht weise
In häuslichen Kreise.“

Später, an einer anderen Stelle spricht der Dichter allerdings noch von „Hyänen“ — es sind Frauen, die ins öffentliche Leben gegangen sind. (Zurufe links.) Und wenn der Herr Abg. M u s e r noch wissen will, warum Schiller so ein alter „Philister“ war, der sich da auf den Standpunkt gestellt hat: Die Frau ins Haus und den Mann ins feindliche Leben! dann kann er, wenn er noch eine heilige Schrift auf seinem Büchergestell hat, sie einmal herunterholen und die ersten Blätter aufschlagen, dann findet er vielleicht auch noch einen Grund, der in diesem Buche niedergeschrieben ist, nämlich der: Unser Herrgott hat eben den Mann physisch und seelisch anders organisiert und er hat die Frau anders organisiert, und er wird seine Gründe dazu gehabt haben. Aus dieser verschiedenen Organisation ergeben sich auch bestimmte Konsequenzen. Ich gebe aber zu, daß das nicht von so prinzipieller Bedeutung ist, daß man über das Stimmrecht nicht verschiedener Meinung sein könnte. Wenn einmal die Entwicklung der Zukunft meinethwegen in der himmlischen Demokratie so weit gediehen ist, daß die Frage für uns aktuell wird und wir uns sagen müssen, der größte Teil der Frauen will jetzt auf einmal aufs Rathaus und ins Parlament wählen, dann würde ich sagen: Gut, wir wollen an die Frage herantreten, wollen sie prüfen und nach Befund unsere Stellungnahme darnach beschließen. Aber einstweilen bin ich der Meinung, die Frauen wollen es selbst nicht, es liegt kein Bedürfnis und kein Anlaß vor, und darum halte ich dafür, daß diese politische Frage des Frauenstimmrechts zu den am allerwenigsten aktuellen gehört. Dieser Anschauung ist offenbar auch der Offenburger Parteitag der Sozialdemokratie gewesen, auf dem sie diese Forderung in ihr Aktionsprogramm für die nächste Zukunft gar nicht aufgenommen haben. Man hätte uns deswegen die ganze Erörterung hier füglich ersparen können.

Nun noch ein Wort zum Proporz! Der Proporz ist ein relativ junges Wahlverfahren. Wenn ich recht unterrichtet bin, ist es erstmals im Jahre 1854 im englischen Parlament diskutiert worden. Es ist, weil es noch ein junges Wahlverfahren ist, nicht in alle Wege erprobt. Erprobt ist es in den sozialen Wahlen, erprobt ist es in den Wahlen, die eine gewisse Homogenität in ihrem Wählerpublikum voraussetzen. Wir können sagen, in unseren Städten, in den Großstädten und wohl auch in den grö-

heren Gemeinden, ist es jetzt erprobt, aber nicht erprobt ist es in den großen Wahlen zum Parlament. Ich mache noch einmal darauf aufmerksam: Die Württemberger haben es mit dem Proporz probiert, aber in Württemberg sind bis auf die Sozialdemokraten alle Parteien aus Sauli Pauli geworden. Ich habe Ihnen in einem der letzten Landtage die Gründe und den wesentlichen Inhalt der Rede, die Conrad Haußmann gehalten hat, mitgeteilt.

Nun hat der Herr Abg. Kolb gemeint, wir nähmen diese ablehnende Stellung gegenwärtig ein — eine prinzipiell ablehnende Stellung nehmen wir nicht ein, sondern wir sagen nur, der Proporz ist noch nicht erprobt; wie er jetzt ausgebildet ist, paßt er noch nicht recht für die Wahlen zum Parlament, mindestens nicht für das ganze Land; in den großen Städten kann man den Proporz anwenden — aus parteiegoistischen Motiven. Das ist nicht richtig. In den Verhandlungen vom Dezember 1911 ist klar zutage getreten, warum man so stürmisch im badischen Landtag nach dem Proporz für die Landtagswahlen verlangt hat; wenn er diese Verhandlungen nachliest, so wird er die parteiegoistischen Motive nicht bei uns, sondern bei denen finden, die einer „Erlösung“ bedürfen (Sehr gut! beim Zentrum). Ich will dazu nicht mehr sagen, sondern nur noch darauf hinweisen: Wer sitzt denn hier im Glashaus? (Abg. Kolb: Sie! — Lachen beim Zentrum). O Jerum! Ein bißchen mehr Logik, Herr Kollege Kolb!

Dann hat Herr Kolb am letzten Mittwoch die Sache so dargestellt, als ob wir durch das jetzige Wahlverfahren ein bedeutendes Plus an Sitzen hätten, die uns durch den Proporz verloren gingen. Ich habe mir die Mühe genommen, es noch einmal auszurechnen, wie wohl ich es gewußt habe, und habe es ihm durch einen Zurschuss gesagt. Er hat gemeint, ich hätte mich „verrechnet“. Ich habe damals gesagt, er habe sich „verrechnet“, und er hat sich auch verrechnet. Wir haben drei Wahlen, die einen Maßstab geben, die Wahlen von 1905, 1909 und 1913. Im Jahre 1905 hätte die Rechte nach dem Proporz 34 Sitze erhalten, nach den Wahlen nach Wahlkreisen hätte sie aber nur 32, also 2 zu wenig erhalten; im Jahre 1909 hätte sie nach dem Proporz 29 erhalten, sie hat nach dem anderen Verfahren auch 29 erhalten, und im Jahre 1913 hätten wir nach dem Proporz 33 erhalten und haben 34 erhalten. Es ist dieses Plus eine Verschiebung, die der Quotient mit sich bringt. Also alles in allem: Das jetzige Wahlverfahren bringt ungefähr dieselben Resultate, die auch der Proporz bringen würde, und dabei wäre noch das ganze Land ein Wahlkreis. Ob das das richtige ist, darüber ließe sich noch diskutieren. Ich bin einstweilen der Meinung, daß es nicht das richtige ist. Also auch in dem Punkt hat sich der Herr Kollege Kolb verrechnet.

Dann hat er gemeint, wir hielten unsere Bauern nicht für reif oder für zu dumm, daß sie den Proporz verstehen und ihn begehren würden. Gerade das Gegenteil ist der Fall: Unsere Bauern sind so hell, um zu sehen, daß man mit dem Proporz ganz andere Absichten verfolgt und infolgedessen sind sie etwas argwöhnisch und wollen von dem Proporz vorerst nicht viel wissen. Sie sind auch so hell, um einzusehen, daß beim Proporz noch nicht alles so klar liegt, wie man es bei einem neuen Wahlverfahren haben müßte. Endlich sind unsere Bauern noch der Meinung, es hätte einmal eine Gelegenheit gegeben bei der Landesorganisation, als man ein Wahlverfahren für die Landwirtschaftskammer einführt, den Proporz anzuwenden, mindestens jenes Wahlrecht etwas demokratisch

zu gestalten. Wir haben damals — und die Dinge sind heute bei dem Sturmangriff gegen die Erste Kammer außerordentlich interessant — hier in der Volkskammer beschlossen, daß 32 Mitglieder für die Landwirtschaftskammer gewählt werden, und haben eine geringere Zahl der Großh. Regierung zur Ernennung zugestimmt. Da kam aber die Erste Kammer, hat die Sache verschlimmert und hat wieder die Zahl 28 eingesetzt und 4 weitere dem Ernennungsrecht der Großh. Regierung zugewiesen. Morgens war die Sozialdemokratie noch mit uns der Meinung, das könne man nicht annehmen; als sie aber in diesen Saal hereintrat, ist die politische Weisheit über sie gekommen und da hat sie „Kotau“ gemacht vor der Ersten Kammer, wie damals der Herr Abg. Dr. Zehnter gesagt hat, und hat dieses weniger demokratische Wahlrecht für die Bauern angenommen, hat wahrscheinlich gedacht, die Bauern werden es nicht einsehen und nicht kapieren. Die Bauern haben es aber kapiert. Dort, Herr Abg. Kolb, wäre Gelegenheit gewesen, zu zeigen, was man von Bauern halten darf und dort wäre Gelegenheit gewesen, den Proporz statt des Pluralwahlrechtes einzuführen und einmal den Mut gegen die Erste Kammer zu zeigen. Solange die Erste Kammer solche Erfahrungen mit den Herren von der Sozialdemokratie macht, wird sie den Sturmangriff gegen ihr Haus nicht allzu tragisch nehmen (Sehr richtig! beim Zentrum. — Abg. Kolb: Die nimmt ihn allerdings nicht tragisch!).

Dann hat der Herr Abg. Kolb sich noch ziemlich wegwerfend über das Niveau des gegenwärtigen Landtags ausgesprochen, namentlich darüber, daß nicht größere Intelligenzen da sind, dagegen so viele Leute aus dem Volk, die besser daheimgeblieben — das ist ungefähr der Sinn seiner Ausführungen gewesen. Ich muß schon sagen, ich war erstaunt, daß ein Vertreter der Sozialdemokratie, und vollends der Herr Abg. Kolb derartige Ausführungen macht (Sehr richtig! beim Zentrum). Ich freue mich, daß alle Schichten des Volkes in diesem hohen Hause vertreten sind, und habe mich oft gefreut, daß wir aus allen Schichten Männer haben, die uns mit den Verhältnissen vertraut machen, damit wir ein klares Urteil bekommen, und habe mich oft darüber gefreut, wie diese Männer aus dem Volk, wenn sie auch nicht gerade Demosthenese sind, Klugheit an den Tag legen und uns Kenntnisse bringen, die uns sehr wertvoll sind, und habe mich immer gefreut, daß gerade durch diese Männer aus dem Volk der Zusammenhang mit allen Schichten des Volkes, wie ihn eine Volksvertretung haben sollte, gegeben ist. Schon im alten Rom ist hinter dem Pflug sehr viel politische Weisheit einhergegangen, wie man in den Geschichtsbüchern lesen kann, und das ist auch heute noch so. Infolgedessen möchte ich es gar nicht missen, daß die Männer aus dem Volk auch in unser Parlament hereinkommen.

In diesem Zusammenhang ist wohl auch der Platz, die eine oder andere Ausführung nach der parteipolitischen Seite zu machen.

Ob der Kollege Ged recht hat mit seiner Meinung, der Großblock sei in die Brüche gegangen, oder nicht, das weiß ich nicht. Ich fasse es einstweilen mehr als einen Wunsch und eine Prophezeiung Geds aus.

Sehr interessant war dann die Mitteilung Geds über die Resolution in der Offenburger Parteiversammlung, in der der Rechtsentwicklung der Sozialdemokratie ein Ende gesetzt wird. Ich weiß nicht, ob man über diesen Punkt in der Öffentlichkeit schon etwas gehört hat. Ich habe draußen in den Zeitungen, wie sie her-

auskamen, noch nichts davon gefunden. Allzuviel möchte ich aber auf die Resolution nicht aufbauen. Ich bin der Meinung, nach der Richtung heute etwas Bestimmtes zu vermuten und sagen zu wollen, wäre verfrüht. Hier heißt es für alle Sterblichen, denen eben der Blick in die Zukunft nicht gegeben ist: Abwarten, wie sich die Verhältnisse gestalten werden! Wenn man aber glaubt, mit parteipolitischen Auseinandersetzungen und Neuorientierungsprogrammen jetzt Eindruck beim Volk zu machen, so glaube ich, daß man sich irrt. Ich bin der Meinung, die lebhaftesten Interessen unseres Volkes sind heute bei den Löwen von Flandern und bei den Helden auf unseren U-Booten (lebhafteste Zustimmung rechts), und die lebhaftesten Interessen unseres Volkes sind bei dem, was draußen auf unseren Wiesen und Feldern unser Herrgott wachsen läßt und was in unseren Munitionsfabriken durch fleißige Hände als Waffe für unsere Feldgrauen, die die Verteidigung des Vaterlandes führen, geliefert wird, und ich bin der Meinung, das lebhafteste Interesse unseres Volkes ist bei Kaiser, Kanzler und Feldmarschall (lebhafteste Zustimmung rechts), zu denen wir vertrauen und das Volk vertraut. Und wir sind glücklich, sagen zu können: Gottlob, daß wir vertrauen dürfen (Beifall beim Zentrum).

Von diesen politischen Fragen möchte ich nun weggehen zu einer Lebensfrage für unser Vaterland. Eine Lebensfrage ist die vielbesprochene Bevölkerungsfra ge. Ein paar Zahlen, sie sind außerordentlich interessant, zeigen, um was es sich hier handelt. In den 12 Jahren von 1901 bis 1913 kommt eine Verminderung der Geburtenziffer auf 1000 Einwohner in Deutschland von 8,2, in Belgien von 6,8, in Österreich von 5,4, in Frankreich von 3,2, in Italien von 0,8. In diesen 12 Jahren hat unser Vaterland einen Rückgang durchlaufen, wie Frankreich in 70 Jahren. Wenn man vollends dieser prozentualen Berechnung die absoluten Ziffern hinzufügt, so haben wir einen Bevölkerungsverlust, wenn man nur den Stand der Dinge des Jahres 1900 annimmt, und diesen ohne Vermehrung weiterführt, von 2½ Millionen, das macht 1½ Millionen Soldaten und 2½ Millionen Arbeitskräfte, dazu die 1½ Millionen Geburtenverluste im Krieg. Wenn das so weitergeht, so ist das der Todesgang unseres Volkes. Man möchte wünschen, daß das todesmutige Geschlecht von heute wieder zurückgeführt werden könnte auf die Höhe eines lebensfrohen und lebensmutigen Geschlechtes.

Nun haben Staatsmänner und auch Hirten der Kirche, der deutsche Episkopat sich mit der Frage beschäftigt. Es wurden in der Erörterung der Frage große und kleine Mittel genannt. Wenn ich sage „kleine“, so ist das nur im Vergleich zu den großen gesagt, denn sie sind auch groß. Dahin ist zu rechnen die Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit. Was da geschehen kann, das soll und muß geschehen. Man sprach von der Notwendigkeit der sozialen Besserstellung. Wenn das das Hauptproblem der Frage wäre, würde das Übel nicht in den besseren Kreisen in so hervorsteckender Weise zutage treten. Aber für die unteren Schichten muß die soziale Besserstellung als Voraussetzung zur Bekämpfung des Übels unbedingt ins Auge gefaßt werden: Lohnverhältnisse, Gehaltsverhältnisse und Wohnungsgeld, Rücksicht auf die Kinderzahl bei der Festsetzung der Steuern und ganz besonders die Frage der Eigenheimbewegung. Eigenes Haus ist Heim, und das Haus ist für die Familie der heilige Boden, auf dem sie heranwachsen und gedeihen kann.

Viel wichtiger ist schon das Andere, die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Hier möchte ich aber sagen: Die beste Bekämpfung ist die Prophylaxe und zwar nicht nur die hygienische, sondern auch die psychische, die Willensstärkung und die Gewissensscharfung namentlich bei der heranwachsenden Generation, damit sie nicht Wege gehe, die sie physisch und seelisch zugrunderichten.

Damit komme ich zu einem Hauptkapitel, das ist der Umschwung in der öffentlichen Meinung, der unbedingt herbeigeführt werden muß. Es ist mir dieser Tage ein Brief eines Landarztes, eines sehr ernstesten und gewissenhaften Mannes gezeigt worden, in dem er es sehr bedauert, daß heute noch eine Literatur verkauft wird von Autoren wie Bilz, Platen und einer Frau Fischer — ich kenne die Bücher nicht, aber sie sind in dem Briefe genannt —, die er als eine völlige Devastation unseres Volkes bezeichnet. Wenn solche Literatur in unserem Volke feilgeboten würde, müßte unsere Behörde, Staatsanwaltschaft und Verwaltung, müßte aber auch jeder Volkstreue alles aufbieten, um sie als eine Pest und Seuche aus unserem Volk herauszubringen. Sie verderben die öffentliche Meinung und die Sitten unseres Volkes.

Auf ein Zweites gestatte ich mir, aufmerksam zu machen; ich hoffe, daß ich nicht mißverstanden werde. Vielfach kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß in der jüngsten Zeit, kurz vor dem Kriege, meine ich, in der Friedenszeit noch, die Soldaten aus der Kaserne Kenntnisse in die Heimat mitgebracht haben, die zum Verderben unseres Volkes sind. Ich habe vor mir einen Aufruf der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, Ortsgruppe Freiburg i. B. Darin steht auch der Satz: „Vor dem Kriege waren die kleinen Städte und das Land fast verschont von den Seuchen; das ist heute leider nicht mehr der Fall, deswegen muß auch hier eine energische Arbeit einsetzen.“ Ich bin erschrocken als ich diesen Satz gelesen habe. Es stehen medizinische Autoritäten hinter dem Aufruf. Immerhin möchte ich mir noch soviel Hoffnung bewahren, daß ich mir sage: Der Aufruf sieht im Interesse dessen, was er vertritt, etwas zu schwarz, ich möchte hoffen, daß es auf dem Lande und in den kleinen Städten noch nicht so schlimm ist, aber die Gefahr, daß Anschauungen in das Volk hinauskommen, die wir füglich von ihm fernhalten müssen, ist da. Darum sollte von maßgebender Stelle überlegt werden, wie hier nicht nur vorgebeugt werden kann, sondern wie die richtigen Grundsätze den Leuten hinausgegeben werden ins Leben.

Wenn eine Besserung der öffentlichen Meinung eintreten soll, dann muß endlich jene ungeliebte Unsitte schwinden, daß, wenn ein Vater mit der Anzeige des sechsten oder siebten Kindes auf das Pfarramt oder das Rathaus kommt, er Spottreden von den Leuten hören muß. Wer solche Spottreden führt, der ist einfach ein Verräter am Volk. Ebenso müßte mit der Unsitte gebrochen werden, daß die als dumm gelten, auch in besseren Gesellschaftskreisen, die den Weg der Pflicht gehen, während die als klug gelten, die den Weg der Gewissensbeugung und Pflichtverletzung beschreiten. Hier müßte unbedingt mit allen Mitteln Wandel geschaffen werden. Es hat mich außerordentlich gefreut, als jüngst der Herr Finanzminister aus Anlaß einer Klage, die auf diesem Gebiete vorgetragen wurde, ein sehr ernstes und scharfes Wort hier im Haus gesprochen hat. Ich bin ihm

dafür dankbar und gehe von dem Gedanken aus, daß er mit dieser Meinung in der Regierung nicht allein steht, sondern daß die ganze Regierung auf demselben Boden steht. Ich meine aber, die Regierung darf nicht allein bleiben, sondern das ganze Volk hat ein Interesse daran, einen Umschwung der öffentlichen Meinung herbeizuführen.

Damit komme ich zum Allerwichtigsten, und das trifft nach meinem Dafürhalten die Wurzel des Übels: es muß eine neue Gewissensscharfung, namentlich in der zwischen der Schule und der Berufstätigkeit stehenden Periode vorgenommen werden, und es muß diese Gewissensscharfung durchhalten durch die Zeit des Ehestandes, und es muß wiederum die Ehrfurcht vor dem, was der Schöpfer im Paradies eingeseht, was Christus mit einem Sakrament eingeweiht hat, im Volke wiederum geweckt und erhalten werden. Hier ist viel gesündigt worden, und man darf sich nicht wundern, wenn man heute erntet, was man gesät hat. Zurück zur Ehrfurcht vor dem Sakrament der Ehe, dem Stand der Ehe, zurück wiederum zu dem Standpunkt der heiligen Schrift, zum sechsten und neunten Gebot Gottes! Dieser Standpunkt wird nicht etwa nur von einem Theologen eingenommen, sondern eine medizinische Autorität der Universität Berlin hat sich jüngst folgendermaßen zur Sache hören lassen: „Wer die Scheu vor dem Kinde ändern will,“ sagt die Autorität, „der muß auf diesem Gebiet einen Umschwung in dem Denken und Fühlen der Massen herbeiführen und dem krassen Materialismus, bei dem wir vor dem Kriege angelangt waren, eine Bindung des Lebens durch höhere, innerliche Ziele entgegenstellen. Der abgestandene Idealismus der neuen Zeit hat nicht die Kraft dazu, so der auch nicht der glaubenslose Glaube der Gegenwart. So die Autorität. Wenn wirs deutsch und frei und offen sagen, dann wird es lauten: Zurück zu dem, was der Schöpfer geboten, zurück zur Ehrfurcht vor seinem Befehle, dazu die Ewigkeitskräfte der Religion wieder ins Heiligtum der Familie hinein, und das Heiligtum der Familie wird neu erstehen, das Vaterland in seinen Fundamenten neu begründet sein! Findet dagegen die Nation den Weg auf diesen Standpunkt nicht zurück, dann geht sie den Todesgang, und das wäre das Schlimmste, noch schlimmer als das, was wir jetzt an den Fronten erleben.“

Diese Lebensfrage ist im Grunde genommen, wie wir eben gesehen haben, eine Geistesfrage, und darum kann ich jetzt konsequent die Erörterung einer Reihe von Geistesfragen anschließen, die hier erörtert worden sind, und hier stehen die Schulfragen im Vordergrund. Um Mißverständnissen von vornherein zu begegnen, will ich gleich einige allgemeine Sätze über die Bedeutung und den Aufbau der Schule sagen. Die Schule hat nach unserer Meinung die Aufgabe, das heranwachsende Geschlecht mit Wissen, mit geistigen Qualitäten so auszurüsten, daß diese Generation den Existenzkampf, den persönlichen, den der Familie und den des Vaterlandes siegreich bestehen kann, so auszurüsten, daß der Einzelne wie die Gesamtheit der Lebensaufgabe, der persönlichen, der diesseitigen wie der jenseitigen gerecht werden kann. Wenn ich nun die Frage aufwerfe, ist unsere bisherige Schule dieser Aufgabe im Großen und Ganzen gerecht geworden, so muß und darf ich an Hand der Tatsachen die Frage mit ja beantworten, wenn man auch nicht alles und jedes billigen kann, was geschehen ist, und wenn man auch wünschen mag, daß manches geschehen wäre.

Wir haben 40 Jahre lang den wirtschaftlichen Kampf geführt und haben ihn bestanden; wir führen seit drei

Jahren einen Kampf mit einer ganzen Welt von Feinden und haben ihn bestanden, und an diesem Erfolg hat sicherlich die Schule einen hervorragenden Anteil. Wenn dem so ist, dann dürfen wir aber auch füglich sagen: Dann können wir bezüglich der Reform und all der Dinge, die geplant sind, jede hastige Nervosität ruhig vermeiden und den richtigen Zeitpunkt abwarten. Wir verschließen in Folge dieser schönen Resultate unsere Augen nicht vor den Fehlern, die gebessert werden sollen, und vor den Entwicklungsnotwendigkeiten. Sie sollen kommen. Aber wir sind der Meinung: Alles zur rechten Zeit. Wir verschließen die Augen auch nicht vor den Grenzen, die uns die Verhältnisse setzen; es ist das eine finanzielle und eine soziale. Wir haben vom Herrn Finanzminister von den großen Schulden gehört und einen Ausblick bekommen, daß noch verschiedene Ausgaben unserer harren, daß noch viel Geld notwendig sein wird. Wenn dem so ist, und es ist dem so, dann heißt es sparen, wo immer es angeht.

Eine soziale Grenze werden die Schulreformen daran haben, daß nach dem Kriege namentlich auf dem Lande Arbeitskräfte, die auf dem Felde der Ehre geblieben sind, fehlen werden: Arbeit ist liegen geblieben, sie muß nach dem Kriege als unaufschiebbar in Angriff genommen werden. Über diese Notwendigkeit, daß dafür nun die jungen Kräfte eintreten, kommen wir nicht hinweg. Und da bin ich der Meinung, daß Gesetze, die wir jetzt schon machen für Verhältnisse, die wir noch gar nicht kennen, verfrüht sind. Gesetze auf Vorrat scheinen mir nicht gerade eine gute Staatsinstitution zu sein.

Nun ein Wort zu der berühmten Frage der Einheitschule. Wir haben es hier mit einem Schlagwort zu tun, und dieses Schlagwort wird durch ein zweites Schlagwort begründet, das viel Berechtigtes an sich hat, daß ist: Freie Bahn dem Tüchtigen! Niemand kann dafür mehr Sinn und Verständnis haben als derjenige, der auf seinem Lebensweg sehr viele Hindernisse fand, bis sich ihm der Weg zur Hochschule öffnete. Ich habe Verständnis für die Hindernisse, die dem jungen Studenten aus dem Volk auf dem Wege liegen können, aber ich bin auch objektiv genug, einen Blick dafür zu haben, wohin eine exzessive Durchführung des fraglichen Grundsatzes führen würde. Nehmen wir dem Volke nicht alle Talente! Nehmen wir ihm auch nicht die besten Talente aus seinen Reihen heraus, sonst nehmen wir dem Volke seine Führer. Sie haben alle unseren seligen Schüler gekannt. Er hätte gewiß das Zeug gehabt, ein hervorragender Verwaltungsbeamter zu sein. Aber ich glaube ebenso, als Bauernführer hat er unendlich viel mehr geleistet, als wenn er Regierungsrat gewesen wäre. Ich könnte für meinen Standpunkt auch Beispiele aus der Arbeiterwelt geben. Was haben wir für herrliche Führer in der Arbeiterwelt gehabt, die ihr Lebtag das nicht geworden wären, wenn sie aus der Schule des Volkes und aus dem Volkszusammenhang herausgenommen worden wären! Deswegen habe ich von vornherein, so sehr ich sympathisiere mit dem Zugang der Talente aus allen Schichten der Bevölkerung zu den Hochschulen, meine Bedenken, wenn hier die Sache zu sehr forciert wird.

Ein Zweites, was mir an dieser Einheitschulbewegung nicht gefällt, das ist folgendes: Man verlangt in vielen Kreisen der Bewegung, daß die Schule zur Reichs Sache gemacht werde. Ich habe mich gefreut, daß die nationalliberale Partei hier ein kategorisches Nein gesagt hat. Das wäre der Tod der Individualität unserer Schule, und damit würden wichtige mora-

liche Momente vernichtet oder mindestens gefährdet. Die Sache hat noch eine andere Seite. Eine derartige Umwandlung im Sinne einer Einheitschule würde uns rund eine jährliche Ausgabe von 4 Millionen Mark im deutschen Vaterlande kosten. Ich glaube, es ist gegenwärtig das richtige Wetter, um noch einmal 4 Milliarden Mark Jahresausgaben auf das Reichsbudget zu nehmen. Ich bin der Meinung, man kann nur warnen, schon aus diesen finanziellen Gründen, daß diese Bewegung nach einer Reichsschule weitere Kreise erfaßt.

Endlich hat diese Einheitschulbewegung noch ein Weiteres in ihr Programm aufgenommen, das ist die Unentgeltlichkeit des Unterrichts. So sehr ich für diesen Gedanken Sympathien habe, habe ich doch auch meine Bedenken. Ich sehe nicht ein, warum wir den Kindern des Millionärs und des Großkapitalisten den unentgeltlichen Unterricht gewähren sollen, sie sollen ihn bezahlen. Ich bin der Meinung: Gesetzliche Regelung unter Berücksichtigung der Vermögens- und Einkommensverhältnisse der Eltern, sodaß einer nicht zu petitionieren braucht, wenn er ein armer Teufel ist und studiert, sondern dann kraft Gesetzes entweder ganz oder teilweise vom Schulgeld befreit ist. Dann ist dem Gedanken, soweit er in der Bewegung richtig ist, Rechnung getragen, soweit er unrichtig ist und gerade in der gegenwärtigen finanzknappen Zeit verhängnisvoll wirken würde, abgelehnt.

Endlich wird von der Einheitschulbewegung noch die Weltlichkeit des Unterrichts verlangt. Man ist in dem Stück nicht einig. Die einen verlangen die Simultanschule, die anderen die Simultanisierung des Religionsunterrichts, und andere verlangen vollends religionslose Schulen. Hier hat die nationalliberale Partei sich erfreulicherweise mit beiden Füßen auf den Boden gestellt: Religion in der Schule. Das wird ein lebhaftes Echo in weiten Kreisen des Volkes finden. Es ist der Standpunkt, den wir immer, und zwar aus staatsmännischen Gründen eingenommen haben. Ich erinnere an ein Diktum des alten Napoleon, der ein sehr tüchtiger Staatsmann, nicht nur ein General war und in der französischen Revolution Gelegenheit hatte, sehr gute Erfahrungen zu sammeln. Er sagte einmal, lieber würde er eine Herde Leoparden hüten, als ein Volk regieren, das keine Religion habe. Er wird seine Gründe dazu gehabt haben. Wer Ordnung halten will in der Familie, der muß bestimmte Dinge haben, ohne die er nicht Ordnung halten kann, und das sind transzendente Dinge, die in dem Transzendenten fundierte Autorität. Wenn aber im Staate, in der Bevölkerung Religion sein will, dann muß in der Schule Religion sein, und darum muß man wünschen, daß auch der Kirche ein Plätzchen in der Schule, nicht nur im Hause, sondern auch im Betriebe gestattet ist, und zwar nicht nur gezwungen, sondern freudig begrüßt.

Nun habe ich noch ein paar Ausführungen zu machen zu den einzelnen Schulgestaltungen, zunächst zur Hochschule. Hier hat ja die Denkschrift des preussischen Unterrichtsministeriums eine außerordentlich wichtige Sache angeschnitten. Ich meine die Auslandsfrage. Die aufgeworfene Frage halte ich für wichtig, und den Gedanken sollten wir fördern, wo und wie wir können. Und da mache ich nun auf ein spezielles Kapitel der Sache aufmerksam, das unter den wichtigen vielleicht zu den allerwichtigsten gehört. Ich meine das Missionswesen. Lernen wir hier von den Feinden! Ich weiß, daß in China die Amerikaner Schulen um Schulen durch ihre Missionäre errichten, alle subventioniert teils

vom State, teils von den Großkaufleuten. Warum? Weil damit China für die nordamerikanische Kultur erobert werden soll. Ich weiß, daß auch Frankreich heute nach die Jesuitenuniversität in Beirut mit 60 000 Franken unterstützt und daß man gesagt hat: Der Antiklerikalismus ist kein Exportartikel. Ich weiß, daß Italien, bekanntlich auch kein Land, das der Kirche besonders freundlich ist, auf seine Kriegsentwädigungen in China im Boxeraufstand verzichtet hat zugunsten seiner Schulen in Kleinasien und der Türkei. England hat es wie kein anderes Volk verstanden, das Missionswesen zu beeinflussen und in den Dienst seiner Interessen zu stellen, ohne es in seiner Freiheit zu beschränken. Ja, gerade das Belassen der Freiheit und das Unterstützen hat die Mission der englischen Nation so freundlich gesinnt gemacht und ihr so viel Kulturpositionen geschaffen. Wenn diesen Dingen an maßgebender Stelle Aufmerksamkeit entgegengebracht wird und wenn namentlich das Beispiel von der Universität Münster, wo ein Lehrstuhl für Missionswesen und ein anderer für Religionswissenschaft eingerichtet worden ist, nachgeahmt würde, würde das nach meinem Dafürhalten ein sehr werbendes Kapital für unser ganzes deutsches Vaterland sein (Sehr gut! im Zentrum).

Nun auch ein Wort noch zu dem Punkte, der weniger erfreulich ist, und das sind die Besetzungsverhältnisse auf unseren Universitäten. Ich werde meine Ausführungen so ruhig machen, wie es nur irgend angeht. Wir haben den Lehrstuhl für positive Philosophie in Freiburg mehrere Jahre lang verwaist gesehen. Zimmer war kein Vertreter da. „Wir fanden keinen“. So sagte man uns. Auf einmal hat man einen gefunden, und zwar eine ganz ausgezeichnete Kraft, wie ich höre. Der Mann war aber damals schon am Leben, als der Lehrstuhl zu besetzen war, er war sogar schon Dozent, er war sogar schon Ordinarius, und ich wundere mich, daß weder die Großh. Regierung noch das Professorenkollegium in Freiburg ihn rechtzeitig entdeckt hat. Da sind doch die geographischen Kenntnisse wirklich nicht so, wie man sie wünschen möchte.

Schlimmer liegt noch die Sache, wenn man die andere Frage aufwirft, ob es den praktischen Katholiken eigentlich im badischen Lande noch möglich ist, auf die Höhe eines Katheders der badischen Hochschulen zu kommen. Wenn man die tatsächlichen Verhältnisse seit vielen Jahren anschaut, muß man die Frage verneinen. Dieser Zustand gehört aber zu den Unerträglichkeiten; ich möchte das Vertrauen haben sowohl zu der Weisheit und Gerechtigkeit der Professoren, wie auch zur Energie der Großh. badischen Regierung, daß wir diese Dinge nicht noch länger beklagen müssen (Sehr gut! im Zentrum). Ich will mich auf diese Bemerkungen beschränken.

Es ist dann noch über eine Reihe von anderen Schulfragen gesprochen worden. Ich glaube, daß ich diese Fragen füglich übergeben kann im Interesse der Abkürzung unserer Debatte. Nur einen Punkt muß ich noch behandeln, und das ist der berühmte § 137 des Schulgesetzes. Ich habe es tief bedauert, daß der Herr Kollege Rebmann hier nicht konsequent war in dem Standpunkt, den er sonst in den kirchenpolitischen Fragen eingenommen hat. Ich würdige und anerkenne die Gründe, die er vorgebracht hat, in dem Sinne, daß jemand bei einer Betrachtung obenhin darauf kommen kann, aber ich glaube, sie sind nicht richtig. Ich glaube, daß ein bedauerliches Mißverständnis vorliegt. Es handelt sich hier nicht um die Schulhoheit des Staates (Sehr richtig! im Zentrum). Nach dem jetzigen Gesetz

kann jeder Privatmann eine Privatschule errichten. Jede Korporation, die nicht eine kirchliche ist, kann Schulen einrichten, und der Minister muß die Genehmigung geben, wenn die Voraussetzungen da sind. Das Gesetz hoben wir ja erst gemacht. Nur eine Ausnahme von der allgemeinen Regel hat man darin gelassen, und das sind die kirchlichen Stiftungen. Der Herr Staatsminister hat schon darauf aufmerksam gemacht: Als seinerzeit im Jahre 1868 das Gesetz gemacht wurde, da hat der Minister Jolly in seine Vorlage eine derartige Ausnahmebestimmung nicht hineingesetzt, sie ist erst in diesem Hohen Hause hineingekommen, und ich brauche nicht zu sagen, aus welchen Gründen. Ich glaube, jeder, der einigermaßen die Geschichte kennt, weiß, aus welchen Instinkten heraus dieser Paragraph hineingesetzt worden ist, und Sie können es uns nicht übelnehmen, wenn wir darin unseren point d'honneur angegriffen fühlen (Sehr richtig! im Zentrum).

Ebenso ist es mit der zweiten Bestimmung, die im Jahre 1872 in das Gesetz hineingekommen ist. Auch diese war nicht im Regierungsentwurf, auch diese war von dem Herrn Minister Jolly nicht gewollt, auch sie ist erst in diesem Hohen Hause hineingekommen, und man kann uns doch wahrhaftig nicht zumuten, daß wir diese Ausnahmebestimmung stillschweigend hinnehmen. Wenn in Messelhausen z. B. die Mädchen Handarbeit unterrichtet haben sollen, es ist keine Lehrerin da, und es sitzt da eine barmherzige Schwester, die früher Lehrerin war, allen geschlichen Vorschriften entspricht und sie darf wegen ihrer Haube den Kindern nicht ein paar Handfertigkeitstunden geben, so ist eine solche Bestimmung nach meinem Dafürhalten nicht in die große Zeit passend, in der wir leben (Sehr richtig! im Zentrum). Ich möchte deswegen der Meinung sein, daß mit dieser fränkenden Ausnahmebestimmung möglichst rasch aufgeräumt werden sollte, und es wäre damit aufgeräumt, wenn dieses Ausnahmegesetz bei der letzten Schulgesetzrevision von den Herren Demokraten und Sozialdemokraten nach demokratischen Grundätzen behandelt worden wäre (Sehr richtig! im Zentrum). Daß die Ausnahmebestimmung noch darin steht, das ist die Schuld der Demokraten und der Sozialdemokraten (Sehr richtig! im Zentrum).

Zu den kirchenpolitischen Fragen will ich nur das eine oder das andere kurz bemerken. Es handelt sich hier im wesentlichen um die Vorbildung der Geistlichen, um den § 11 des Gesetzes vom 9. Oktober 1860 und um das Stiftungsgesetz.

Die Vorbildung der Geistlichen war durch das Gesetz vom 9. Oktober 1860, und zwar durch § 9 Absatz 2 folgendermaßen geregelt: „Die Zulassung zu einem kirchlichen Amte ist regelmäßig durch den Nachweis einer allgemeinen wissenschaftlichen Bildung bedingt. Der Umfang derselben, die Art des Nachweises werden durch die Verordnung bestimmt.“ Lamey, der damalige Staatsmann und Staatsminister bis zum Jahre 1866, hat es bei dieser Bestimmung belassen, eine Verordnung nie erlassen, sondern sich mit der Praxis begnügt: Naturität, drei Semester philosophische Vorlesungen wie bei den Philologen, Philosophen und Juristen, und dabei blieb es. Erst später hat man die Bestimmungen in das Gesetz hineingenommen, die dann so viel Unglück über unsere badischen Kirchen gebracht haben und die dann im Jahre 1880 in ihrem verhängnisvollsten Teil wieder abgeschafft worden sind. Aber vom Jahre 1880 an blieben die übrigen Bestimmungen alle bestehen. Es blieb bestehen, daß auch zu „den Funktionen“ die Vor-

aussetzungen notwendig sind. Es blieben die 6 Semester bestehen gegenüber den 3 Semestern aller anderen Fakultäten. Es blieb bestehen das Verbot, bei den Jesuiten zu studieren, und es blieb endlich jene Ausnahmebestimmung für den Kapitular- und Generalvikar, die Assessoren und Räte des Erzbischofs und die Vorsteher des Seminars. Ich will annehmen, daß die Regierungsvorlage im kommenden Landtag als Ergebnis der Verhandlungen mit den maßgebenden Faktoren der Kirche wieder zum Standpunkt des Staatsmannes vor Jahre 1860 zurückkehrt (Beifall im Zentrum).

Im Zusammenhang mit dieser Materie steht die Klosterfrage. Ich glaube, daß man nun begründete Hoffnung im badischen Lande haben kann, daß Baden diese alte Frage endlich einer Lösung entgegenführt. Ich sage: eine alte Frage, und doch ist sie rechtlich eigentlich von Anfang des Großherzogtums an gelöst worden. Das Konstitutionsedikt aus dem Jahre 1807 sieht Männerklöster vor, es geht von der Tatsache aus: Männerklöster werden in Baden sein, und der § 11 des Gesetzes von 1860 wollte nach dem Willen des Staatsmannes Lamey und der Kammer, daß der Paragraph angewendet wird. Sie gehen von der Voraussetzung aus: er wird angewendet, und wenn deswegen die heutige Regierung sich auf den Boden stellt, so tut sie nur, was längst rechtens war (Sehr gut! im Zentrum). Es sind Freiheitsfragen, es sind Gerechtigkeitsfragen, die für die Klosterfrage die Grundlage bilden. Wie man von staatsmännischer Seite aus die Frage zu beurteilen hat, das hat kein geringerer als der größte Staatsmann unserer Neuzeit, Fürst Bismarck, am 28. März 1887 im preussischen Herrenhause gesagt. Als dort ein Redner gegen die Klöster war, sagte er: „Es kommt darauf an, ob unsere katholischen Landsleute glauben, ohne prinzipielle Zulassung der Orden nicht zufrieden sein zu können. Da kann ich ihnen von meinem evangelischen Standpunkt aus garnicht Unrecht gehen. Für mich ist entscheidend, daß man von katholischer Seite daran denkt. Welches Bedürfnis an Orden wir haben, das ist eine Sache, die schließlich von dem Urteil unserer katholischen Landsleute abhängt.“ Das ist der staatsmännische Standpunkt, und es ist erfreulich, daß endlich das ganze Hohe Haus sich auf diesen staatsmännischen Standpunkt gestellt hat, und es ist weiter erfreulich, daß auch die „Konservative Korrespondenz“ in Nr. 40 sich auf den gleichen Standpunkt begeben hat. Das wird außerordentlich viel Befriedigung im Lande draußen hervorrufen und wesentlich dazu beitragen, daß wir näher und näher zu einander kommen, um gemeinsam an den großen Aufgaben des Vaterlandes zu arbeiten (Beifall im Zentrum).

Es ist noch das Stiftungsgesetz, was einer Änderung unterzogen werden soll. Hier kommt besonders ein Punkt in Frage, das ist die Erweiterung des Begriffes kirchlicher Stiftungen, und zwar um die Wohltätigkeitsarbeit der Kirche zu fördern. Ich glaube, nach dem Kriege werden wir so viele Wohltätigkeitsaufgaben haben, daß wir froh sind, wenn die freiwillige Hilfe der Kirche, woher sie nun kommt, in den Dienst des Vaterlandes gestellt werden kann (Sehr richtig! im Zentrum). Nun ist es eine Tatsache: seit Wohltätigkeitsstiftungen der Kirche entzogen und der staatlichen bzw. der weltlichen Verwaltung unterstellt sind, hat der Wille zum Stiften wesentlich abgenommen. Ich erwarte von der Änderung dieses Gesetzes einen ganz hervorragenden Zufluß an Mitteln, um Wohltaten den Notleidenden zu spenden und damit zur Betätigung der Mission, wozu die Kirche nicht in letzter Linie auf Erden ist.

Damit bin ich mit den einzelnen Fragen zu Ende, und nun möchte ich noch bitten, daß ich die eine oder andere allgemeine Frage streifen darf. Es wird nicht mehr allzuviel sein, was ich hier zu sagen habe.

Die Weltgeschichte hat ein neues Buch aufgeschlagen, und wir wollen hoffen, daß dem deutschen Vaterland darin mehr als ein Blatt von der Weltgeschichte zur Verfügung gestellt wird und daß in diesen Blättern auch unserer badischen Heimat ein Plätzchen eingeräumt ist. Was mag einstens in kommenden Jahrhunderten auf diesen Blättern verzeichnet stehen, wenn die Generale, die Staatsmänner und die feldgrauen Krieger ins Grab gestiegen sind und eine neue Generation überschauen kann, was aus dem gewaltigen Ringen der Nationen geworden ist. Hoffentlich steht dann auf diesen Blättern: Aus den Ruinen blüht neues Leben! Hoffentlich ist das, was wir erleben, nur ein Moment, um das Vorwärts- und Aufwärtstreben unseres Volkes auch in kommenden Generationen neu zu ermöglichen. Wenn aber dieses Aufwärts- und Vorwärtstreben ermöglicht, wenn die Zukunft eine glückliche sein soll, dann wird es notwendig sein, daß wir möglichst reich und glücklich unsere Finanzen in Ordnung bringen, daß wir Unordnungen im Innern fernhalten, alle Kräfte, die guten Willens sind, zusammenschließen und in den Dienst der großen Aufgaben unseres Vaterlandes stellen und endlich dafür sorgen, daß ein in leiblicher und seelischer Hinsicht gesundes, opfermutiges Geschlecht die Arbeit der Väter aufnimmt und weiterführt (Beifall im Zentrum).

Möglichst reich und glücklich die Finanzen in Ordnung bringen, dazu ein oder das andere Wort. Jetzt bekommen die Recht, die früher immer für Sparbarkeit waren, bekommen die Recht, die immer den Grundsatz vertreten haben: Keine Ausgaben ohne Deckung!, bekommen die Recht, die immer gegen die Schuldenpolitik Front gemacht haben. Wo wären wir — die Frage darf heute gestellt werden — wenn nicht unsere Finanzen vor dem Kriege tadellos in Ordnung gewesen wären? Man muß sich nun fragen, wie sollen die Dinge geordnet werden, die wir jetzt auf dem finanziellen Gebiet erleben. Der Herr Finanzminister hat gemeint, 100 Milliarden Schulden — ich fürchte, daß es 120 werden, und dazu kommen die Schulden der einzelnen Bundesstaaten — seien etwas Schweres. Aber trotzdem hat der Herr Finanzminister einen gesunden Optimismus an den Tag gelegt, und das freut mich an ihm. Der Idealist ist doch immer derjenige, der schließlich schwere Situationen rettet, und ohne Idealismus ist in schweren Situationen überhaupt nichts zu erreichen (Abg. Muser: Sehr richtig!). Angesichts der Finanzlage wird man aber die Erwartung aussprechen dürfen, daß mit Palliativmitteln und mit Halbheiten nicht gearbeitet wird, und man wird weiter den Gedanken aussprechen dürfen, man versuche es nicht mit dem Massenprinzip allein in beschönigter oder unbeschönigter Form. Aber ebenso sehr muß auch an das andere erinnert werden, daß da, wo das Leben und andere hohe Güter gerettet worden sind, auch Pflichten für das Vaterland bestehen. Und gerettet wurden alle die, die nach dem Krieg noch jagen können, ich bin noch am Leben. Das Leben ist das teuerste Gut! Gerettet wurden Heim und Hof, vielleicht Vermögen, das Geschäft, vielleicht die ganze Familie. Die Dinge wertet man ganz anders, wenn man Tag für Tag durch Ruinen fahren muß. Wenn ich so durch Ruinen fahre oder reite und mir sage, da hat ein glückliches Geschlecht gewohnt, und wo sind sie heute? Nicht ein einziges Zimmer ist mehr im ganzen Ort zu finden, auf den Feldern

stehen seit Jahren nur Dornen und Disteln — wenn man diese Dinge sieht, dann schätzt man die Güter, die daheim gerettet worden sind. Und wenn man vollends an Massengräbern vorbeigeht, dann schätzt man auch die Rettung des Lebens derer, die sich desselben noch erfreuen dürfen. Deswegen wird darauf von allen denen, die sagen können, daß sie an dieser Rettung teilhaben, für die Rettung die Ritterlichkeit im Geben gefordert werden müssen. Es wäre verhängnisvoll, wenn in das Volk hinein nicht der Gedanke dieser Opferfreudigkeit getragen würde, wenn im Gegenteil der Wille, nicht zu opfern, ins Volk hineingeworfen würde. Es wird auch dafür Verständnis im Volk zu wecken sein, daß der Staat in den gegenwärtigen Zeitläuften unter keinen Umständen mehr Betriebe aufrechterhalten kann, die unter den Selbstkosten arbeiten. Die Dinge konnten wir uns leisten in der glänzenden Zeit, da wir aus dem Vollen geschöpft haben. Jetzt wird das nicht mehr möglich sein.

Ich habe namens meiner Fraktion zu dem Punkte, um den es sich hier mit handelt, nämlich zu der Frage der 4. Wagenklasse, folgendes zu sagen. Diese Frage ist erst in den letzten Tagen an uns herangetreten; es war uns wirklich nicht mehr möglich, die ganze Tragweite so zu studieren und uns so schlüssig zu machen, daß wir mit einem geschlossenen Ja oder Nein hätten antworten können. Wir behalten uns unsere definitive Stellungnahme für den nächsten Landtag vor. Es ist aber nicht ohne Einfluß auf uns geblieben, was der Herr Minister hier ausgeführt hat. Auf der anderen Seite können wir uns aber auch den Bedenken nicht verschließen, die der Sache immerhin noch entgegenstehen. Namentlich möchte ich dem Herrn Minister zu bedenken geben, ob er es denn den Bauern zumuten will, in die Stehmagen zu geben, den Arbeitern dagegen und den Städtern auf ihren Ausflügen Sitzgelegenheit geben will. Diese Differenzierung könnten wir wirklich nicht hinnehmen. Aber dafür muß Verständnis sein, daß bei Notwendigkeiten, die begründet sind, der Politiker heute nun einmal Wege beschreiten muß, die er vielleicht vor dem Krieg, zu Zeiten des Friedens, niemals beschritten hätte.

Ebenso sehr aber, wie ich jetzt diese Dinge betont habe, muß ich auch ein anderes betonen. Es gibt viele reiche Leute im deutschen Land. Verlangt man von dem armen Teufel Sinn für Opfer, dann muß ich von dem Reichen, von dem Millionär verlangen, daß er Sinn dafür hat, einmal im Interesse der Schuldentilgung eine Vermögensabgabe bedeutenden Charakters über sich ergehen zu lassen. Wer vollends über Einnahmen von Millionen, über Kriegsgewinne von Millionen oder auch nur von Hunderttausenden verfügt, der muß Sinn und Verständnis dafür haben, daß er bis zu 50 Prozent, nein bis zu 80 Prozent, auf dem Altar des Vaterlandes opfert (Sehr gut! beim Zentrum). Ich werde nachher einen Grund für den Standpunkt sagen, der wohl jedermann einleuchten wird. Wer hohe Einkommen hat — und die hohen Einkommen fangen nach meinem Urteil schon bei 10 000 und 15 000 M. an — bei dem muß sukzessive und von Jahr zu Jahr steigend und ganz anders zugegriffen werden, als bisher, und man muß von Herren, die in dieser glücklichen Lage sind, erwarten, daß sie Sinn und Verständnis für diese Forderungen des Vaterlands haben. Ich will jetzt den Grund nennen, von dem ich vorhin gesprochen habe. Man macht gewöhnlich geltend, hier kämen Eigentumsfragen in Betracht, die hier nicht zu umgehen seien, und man könne doch das

Eigentumsrecht nicht so schwer verletzen. Ich kenne kein heiligeres Eigentumsrecht, als das Eigentumsrecht auf sein Leben, auf seine Familie. Und was müssen wir nun leben? Tag für Tag werden jetzt, wo wir beisammen sind, drunten in Flandern Hunderte und Tausende von dem Vaterland befohlen, ihr Leben für das Vaterland in die Schanze zu schlagen, das Teuerste und Höchste zu opfern, das der Mensch haben kann und das nicht mit Geld bezahlt wird. In dem Augenblick, wo Familien, wo einzelne Personen, wo das ganze Vaterland diese Opfer bringt, da, meine ich, muß für die Notstandsaktion — nur um die kann es sich handeln — Sinn und Verständnis sein (Sehr gut! beim Zentrum). Ich sage: „Notstandsaktion“; denn ich glaube nicht, daß, wenn die Dinge wieder in Ordnung sind, die wir ordnen wollen, dann dabei geblieben werden wird. Es wird sich um vorübergehende Erscheinungen handeln. Es muß aber darauf bestanden werden, daß in den Kreisen der Reichen Sinn und Verständnis für diese Dinge zu finden ist. Sollte kein Sinn und Verständnis gefunden werden, sollte man zu Praktiken greifen, um sich den Staatsnotwendigkeiten zu entziehen, dann müssen zielsichere Institutionen getroffen werden, um den Nichtwollenden zu zwingen.

Wir haben durch die Kriegswirtschaft eine Reihe von Institutionen kennen gelernt, bei denen man füglich erwägen kann, ob sie nicht aus verschiedenen Gründen auch für die Friedenszeit praktisch sind. Speziell möchte ich den Gedanken, der von dem Herrn Abg. Dietrich, glaube ich, sehr befürwortet wird — ich meine, er ist auch sein Urheber — nicht als unpraktisch von der Hand weisen, sondern als sehr erwägenswert betrachten, daß man den Getreideverkehr staatl. seits in der Hand behält und dafür sorgt, daß dem Volk billiges, gutes Brot wird, daß aber auch die reichen Gewinne, die bisher auf diesem Gebiet gemacht worden sind, der Staatskasse zufließen, und daß unsere Bauern damit einen ständigen Abnehmer haben, der ihnen einen sicheren Preis garantiert. Damit kämen wir, glaube ich, auch um die schwierige Materie der Handelsverträge herum. Es ist nicht das einzige Gebiet, auf das reflektiert werden könnte. Ich will es nur als Beispiel nennen. Auf anderes könnte ebensogut noch zurückgegangen werden. Mag man über diese Dinge aber sagen und denken, was man will — das Allerwichtigste ist und bleibt, daß nach Rückkehr unserer Krieger aus dem Felde sie eine Arbeits- und Erwerbsmöglichkeit haben, möglichst rasch und ausgiebig! Das ist das Wichtigste und das wird vielleicht auch das Fundament sein, damit wir die Finanzsorgen nicht so schwer zu empfinden brauchen. Deswegen wird alles, was nach der Richtung geschehen kann, auch im Friedensschluß, sehr zu begrüßen sein.

Nun noch einige Sätze zu der zweiten Forderung: Unordnung im Innern vermeiden! sagte ich, und alle Kräfte, die guten Willens sind, zusammenschließen und in den Dienst der Aufgaben des Vaterlandes stellen! Unordnung im Innern vermeiden! Wer heute das Fundament des Staates anrühren und hier Unordnungen machen wollte, der wäre nach meinem Dafürhalten entweder ein Naar oder ein Verbrecher. Das deutsche Volk denkt nicht solche Gedanken, sondern es denkt die Gedanken der Ordnung und Gedanken der Freiheit. Wenn unsere Krieger aus den Schützengräben heimkommen, dann wollen sie Ruhe und Ordnung haben (Beifall beim Zentrum). Ein Volk, das so denkt, verdient Vertrauen und verdient auch seine Freiheit. Darum wird die Politik der Zukunft eine Po-

litik des Vertrauens und eine Politik der Freiheit sein müssen. Beides ist fundam. mentiert durch das Versprechen Seiner Majestät des Kaisers: Zusammenschließung aller staats. erhaltenden Kräfte und Einstellung in den Dienst des Vaterlandes. Die Aufgaben werden groß sein. Darum werden wir alle Kräfte, die zur Verfügung sind, brauchen, um den Riesenaufgaben nach dem Krieg zu genügen. Darum ist eine vorurteilsfreie Politik der Gerechtigkeit und des Mutes notwendig, die alle Schranken, die nun einmal bestehen, hinwegsetzt. Da möchte ich namentlich eine Schranke hinweggefegt wissen, das ist die Schranke der Zentrumsfurcht oder der Katholikenangst (Sehr gut! beim Zentrum).

Ein so herrliches Gut die Freiheit ist, so bedarf sie doch des Korrelats und zwar des Korrelats der Autorität. Die Zukunft wird von diesem Gejeke keine Ausnahme machen. Darum kann man nur wünschen, daß die Zukunft in ihrem eigenen Interesse die Autorität stärkt, die Ehrfurcht vor ihr mehrt. Wenn aber das sein soll, dann wird man zurückkehren müssen zum Urquell der Autorität, und zwar von seiten der Träger der Autorität, und derer, die ihr anbefohlen sind. Gott, Schutz und Urquell der Autorität ist und bleibt einmal der liebe Gott. Das alte Bibelwort muß wieder einmal gelten: „Initium sapientiae est timor domini“, „Der Anfang der Weisheit ist die Furcht Gottes“ — auch der Staatsweisheit (Beifall beim Zentrum).

Nun zum dritten Punkt der Neuorientierung, den ich genannt habe: Sorgen wir dafür, daß ein leiblich und seelisch gesundes, opfermutiges Geschlecht die Arbeit der Väter aufnimmt und weiterführt! Was die prinzipielle Seite der Sache angeht, so habe ich das Haupt. sächliche schon bei der allgemeinen Frage der Schule besprochen. Hier nur noch einen Gedanken! Das Ziel habe ich genannt, ein seelisch und leiblich gesundes und opfermutiges Geschlecht. Soll es erreicht werden, dann muß die Familie und in ihrer Stellvertretung die Schule das Ziel scharf ins Auge fassen. Vor allem aber die Familie — ich nenne sie an erster Stelle —, weil sie durch nichts zu ersetzen ist. Jede Schädigung der Familie bringt naturnotwendig eine Schädigung der kommenden Generation mit sich. Deswegen wäre alles zu vermeiden, was der Familie schadet, und wieder alles herbeizuführen, was die Familie schützt. In der Beziehung ist viel gesündigt worden. Namentlich möchte man wünschen, daß die soziale Gesetzgebung zum Schutz der Frau und der Kinder weitergeführt würde, möchte man aber auch wünschen, daß etwas anderes, was uns neben dem Geburtensturz so große Sorgen macht, gebessert wird. Ich habe dieser Tage das Statistische Jahrbuch unserer badischen Heimat aufgeschlagen und zu meinem Entsetzen dort gesehen, daß in den letzten 20 Jahren in Baden die Ehescheidungen um 68,63 Prozent und im Jahre 1910 allein um 21,26 Prozent zugenommen haben. Das sind außerordentlich betrübliche und bedauerliche Erscheinungen, und man muß wünschen, daß alles, was von kirchlicher und staatl. ichter Seite geschehen kann, geschieht, um diesem Übel zu steuern.

Dann aber auch die Schule! Wenn sie ein körperlich und geistig gesundes und opferfreudiges Geschlecht heranbilden will, wird sie namentlich der transzendenten Kraft nicht entraten können. Darum muß ich noch einmal unterstreichen, was ich vorhin gewünscht habe, daß das Plätzchen, das die Kirche noch in der Schule hat, ihr mit Freuden belassen und sie in ihrem

Wirken unterstützt wird. Man wird auch wünschen müssen, daß im Punkt der Familie man wieder zurückkehrt zu den Institutionen und Gedanken der Familie von Nazareth, ihres Evangeliums und ihres Beispiels. Wenn diese Dinge den rechten Weg nehmen sollen, wird man weiter wünschen müssen, daß eine vertrauensvolle Verständigungspolitik zwischen Kirche und Regierung stattfindet, und daß diese vertrauensvolle Verständigungspolitik nicht nur Minister und Kirchenregiment ergreift, sondern hinuntergeht bis zum letzten Lehrer und bis zum letzten Kaplan (Sehr gut! beim Zentrum).

Ich habe — und damit will ich schließen — mit den Glocken angefangen, und ich will auch wieder zu ihnen zurückkehren. Mögen die verwaisten Glocken auf unseren Türmen bald zu Friedensglocken werden, die unsere heimkehrenden Krieger begrüßen, und mögen sie dann mit ihren späteren Kameraden und Kameradinnen eine glückliche und lange Friedenszeit für unser Volk einläuten (Lebhafter Beifall beim Zentrum).

Abg. Dr. Koch (natl.):

Unser Fraktionschef hat über die Fragen, die in unserer Debatte eine Rolle spielen, zusammenhängend unsere Stellung dargelegt. Ich kann mich daher darauf beschränken, nur zu einzelnen Punkten Bemerkungen zu machen, soweit die weitere Besprechung dazu einen Anlaß gibt.

Der Herr Abg. M u j e r hat unseren Fraktionschef angegriffen, weil er sich über die Kriegsziele aussprach. Herr M u j e r sagte, man solle wohl daran denken, aber nicht darüber sprechen. Ich bin mit jedem seiner Worte einverstanden, nur muß seine Anregung dann aber auch von allen Seiten berücksichtigt werden. Was der Herr Abg. R e b m a n n getan hat, war lediglich eine Abwehr dessen, was seitens der sozialdemokratischen Presse Tag für Tag geschieht. Es wird fortgesetzt mit Eifer und großem Nachdruck ein Frieden ohne Annexionen und ohne Kriegsschädigung gefordert. Wenn dem nicht ganz entschieden widersprochen wird, so hämmert sich so ein Gedanke durch die fortgesetzte Wiederholung in die Gehirne ein, und das wäre verhängnisvoll und verderblich für unser deutsches Volk und nicht zum letzten für den deutschen Arbeiter. Verhängnisvoll wäre es gerade jetzt, denn diese Erklärung wird ja nicht so aufgefaßt, wie sie gemeint ist, als ein Zeichen unseres ehrlichen, aufrichtigen Friedenswillens, nicht als Zeichen, daß wir bereit sind, trotz allem, was in den letzten drei Jahren geschehen ist, die Hand zum Frieden zu bieten und wieder in ein erträgliches Verhältnis mit den Feinden zu kommen, sondern sie wird aufgefaßt als ein Beweis unserer Schwäche, unserer Friedenssehnsucht, und dient nur dazu, das Siegesbewußtsein des Feindes zu steigern, und so den Krieg zu verlängern, statt ihn abzukürzen. Weiter wäre verhängnisvoll: Wenn wir keine Kriegsschädigung bekommen, weiß ich nicht, wie wir nach dem Kriege den gewaltigen Aufgaben, die durch den neuen Aufbau unseres wirtschaftlichen Lebens an uns herantreten, gerecht werden wollen; wie sollten wir den unerhörten Steuerdruck tragen, der uns durch einen Frieden ohne Entschädigung auferlegt würde. Der Herr Finanzminister hat darauf hingewiesen, wie angenehm es für uns gewesen sei, daß wir ohne eigentliche Staatsschulden in den Krieg gegangen sind. Ich darf darauf hinweisen, daß unsere letzten Staatsschulden aus der Kriegsschädigung des Jahres 1871 bezahlt worden sind. Schließlich wäre es auch für die weitere

Zukunft ein verhängnisvoller Friede, wie ihn die Sozialdemokratie wünscht, denn er könnte die Feinde nur reizen, bei einer günstigeren Gelegenheit wieder über uns herzufallen, wenn sie die Überzeugung gewinnen: Der Deutsche ist ein so guter, dummer Fochel, daß er unzählige seiner besten Söhne in den Tod schickt, sich eine Schuldenlast von einer Höhe aufladet, die vor wenigen Jahren noch als Ausgeburt eines irrsinnigen Gehirns betrachtet worden wäre, dann aber sich hinstellt und sagt: „Ich bin Euch so dankbar, daß Ihr, trotz Eures guten Willens, mich umzubringen, dank meiner eigenen Kraft es nicht fertig gebracht habt; ich verzeihe es Euch und will allen Schaden auf mir behalten.“

Es sind auch böie Worte über die Alldeutschen gefallen, und ich habe den Eindruck, daß man allmählich dazu kommt, aus diesem Wort „alldeutsch“ ein Schlagwort zu machen und jeden damit totzuschlagen und zu ächten, der nicht für einen sozialdemokratischen Scheidemannfriede eintritt. Ich glaube, die Herren Kollegen M u j e r und K o l b haben dabei übersehen, daß, wenn diese weite Ausdeutung des Wortes „alldeutsch“ richtig ist, es auch in den Reihen der fortschrittlichen Volkspartei und der sozialdemokratischen Partei Leute gibt, die als Alldeutsche bezeichnet werden müssen.

Es wurde gesagt, wir müßten einen solchen Frieden machen, daß kein Stachel in der Brust des Besiegten zurückbleibt. Ich glaube, in der Brust des Besiegten bleibt immer ein Stachel zurück. Wir sollten doch allmählich aus der Geschichte lernen. Im Jahre 1814 haben wir den Franzosen das Elfaß gelassen und sie sehr schonend behandelt. War die Folge etwa die, daß die Franzosen zufrieden waren? Im Gegenteil, sie haben die Rheingrenze verlangt, und es wäre deswegen im Jahre 1840 beinahe zum Krieg gekommen. Und ist nicht die Stimmung für den Krieg 1870 in Frankreich dadurch gemacht worden, daß man rief: „Mache für Sadowa!“, also nicht einmal deshalb, weil die Franzosen die Besiegten waren, sondern weil sie nicht ertragen konnten, daß auch einmal ein anderes Volk eine Schlacht gewonnen hat.

Gestern wurde auch das Hohenlied der Demokratie gesungen. Es scheint mir das ein zu einfaches Rezept zu sein, wenn man alle Fortschritte, die in den letzten Jahrzehnten durch gemeinsame Arbeit aller Parteien gemacht worden sind, als Siege der Demokratie hinstellt. Ich habe die Empfindung, als wenn man hier einseitig vorgegangen sei, und als ob mindestens die Anerkennung fehlt, daß auch die Parteifreunde des Herrn M u j e r in dieser Zeit recht viel gelernt haben. Ich erinnere nur an die Angriffe, die meine Partei jahrzehntelang hat über sich ergehen lassen müssen, weil sie eingetreten ist für ein starkes Heer, für eine starke Flotte, für die Erwerbung von Kolonien, für den Schutz der Landwirtschaft. Ich glaube, daß auch der Herr Abg. M u j e r heute froh darüber ist, daß die Frage, ob die Machtentfaltung ein wesentlicher Teil der Staatsaufgabe ist, nach unserem Rezept gelöst worden ist und nicht in den achtziger Jahren nach dem Rezept der Herren Richter und Windthorst.

Der Herr Abg. M u j e r hat sich erregt, daß die Frage gestellt worden ist, was denn Demokratie sei, und daß man von ihm verlange, daß sie ein Allheilmittel sei. Die Frage ist deshalb berechtigt, weil uns die Demokratie immer als Allheilmittel angepriesen worden ist. Es gab keine wirtschaftlichen oder politischen Schäden, die nicht durch ein demokratisches Regiment hätten geheilt werden können, und es wurde auch immer behauptet, daß ein wirklich demokratischer Staat einen Krieg, wenigstens einen

ungerechten Krieg, niemals führen werde. Heute klingt es ganz anders. Frankreich und die Vereinigten Staaten von Nordamerika gelten nicht mehr als demokratische Staaten, früher sind sie uns aber oft als leuchtende Beispiele solcher vorgehalten worden. Auch Herr Kolb hat in die gleiche Kerbe gehauen und gesagt, die Völker müßten in der Frage von Krieg und Frieden mitzusprechen haben. Ich will mich nicht einlassen auf die Untersuchung, ob bei uns im Reiche diese Frage richtig geregelt ist, sondern möchte zwei Gegenfragen stellen. Gibt es einen Staat in der Welt, dessen Verfassung nach reineren demokratischen Grundsätzen aufgebaut ist als Nordamerika? Und zweitens: Gibt es jemand unter uns, der glaubt, daß ein Deutscher Kaiser es wagen dürfte einen so sinnlosen frivolen Krieg hervorzurufen, wie der amerikanische Präsident es getan hat ohne nennenswerten Widerstand seines Volkes?

Der Herr Abg. G e c k hat geschwärmt von den internationalen Beziehungen und der Wiederaufnahme der Völkerverbrüderung. Er hat allerdings auch zugeben müssen, daß man in den Kreisen, die diese Anschauungen vertreten, vier Wochen vor dem Weltkrieg noch keine Ahnung hatte, daß die Katastrophe so nahe bevorstehe. Er wird sagen: Man hat das auch in den Kreisen der Diplomaten nicht gewußt. Aber man wird erwidern können: Die Kreise, die für die Völkerverbrüderung schwärmen, haben unsere Diplomaten immer als unfähig hingestellt und sich so aufgespielt, als ob sie allein im Besitze der richtigen Staatsweisheit wären. Über die Auffassung des Herrn Abg. G e c k will ich mich mit ihm nicht weiter unterhalten, ich will nur bemerken: Wenn man betrachtet, was in den drei letzten Jahren an Schmähungen und Beschimpfungen gemeinster Art vonseiten der feindlichen und teilweise der neutralen Presse und seitens der feindlichen Staatsmänner über uns erging, wenn man bedenkt, was unsere Kriegsgefangenen haben ausstehen und leiden müssen, und wenn man sich andererseits die Sehnsucht des Herrn Abg. G e c k nach möglichst schneller Wiederaufnahme freundschaftlicher Beziehungen zu diesen Völkern vergegenwärtigt, so kann ich nur das Eine feststellen, daß der Herr Abg. G e c k ein wirklich guter Mensch ist (Seiterkeit).

Der Herr Abg. G e c k hat mit Pathos und viel innerem Behagen das Ende der Großblockpolitik erklärt. Das gehe aus den Äußerungen des Herrn Abg. K o l b hervor. Ich will dazu nur kurz bemerken, daß wir die Großblockpolitik niemals als ein Ding an sich betrachtet haben. Wir haben sie mitgemacht, weil wir, wie die anderen Parteien auch bei der Zusammenziehung des Landtags keine andere Möglichkeit sahen, Fortschritte in unserem Sinne zu erzielen. Es werden uns nach Schluß des Krieges ganz gewaltige neue Aufgaben erwachsen. Ob sich dann die sozialdemokratische Fraktion dem Rezept des Herrn G e c k anschließen und zu ihrer früheren Negation zurückkehren wird, das wollen wir einstweilen abwarten.

Das Aktionsprogramm des Herrn K o l b, darin gebe ich dem Herrn G e c k recht, ist recht bescheiden ausgefallen. Ich glaube nur nicht, daß der Grund dafür in einer der Sozialdemokratie innewohnenden Bescheidenheit ruht, auch nicht darin, daß man aus agitatorischen Gründen nicht zu weit gehen wollte, sondern ich glaube, ein ganz wesentlicher Teil des Grundes liegt eben doch darin, daß die Zustände bei uns im allgemeinen recht befriedigende sind, und daß selbst so furchtbare Verhältnisse, wie das Bestehen der Ersten Kammer, doch nicht so beklemmender Art für ein sozialdemokratisches Gemüt sind, daß sie einem Sozialdemokraten schon den Schlaf geraubt hätten.

Ein wesentlicher Gegensatz besteht zwischen uns in der Frage des Gemeindevahlrechts. Das ist eine Frage, die vollständig im Fluße ist. Wir haben erst im Jahre 1910 in der Richtung einer Abschwächung der Klassenwahl einen ganz erheblichen Schritt vorwärts im Sinne des Herrn K o l b gemacht. Wir sind der Ansicht, daß die Zeit zu kurz ist, um schon heute wieder einen weiteren Schritt zu tun. Die Anhänger des gleichen Wahlrechts für die Gemeinden scheinen mir aber doch Eines zu übersehen. Notwendig und zwar dringend notwendig für die Gemeinde ist, daß das eingeseffene, das bodenständige Element, dessen Lebensinteressen und dessen Existenz mit der Gemeinde verwachsen und darin verankert sind, daß dieses Element ein Übergewicht behält über das fluktuierende, das sich aus den verschiedensten Kreisen der Bevölkerung zusammensetzt. Diejenigen, die nicht die Absicht haben, an einem bestimmten Ort dauernd zu bleiben, sondern häufig ihren Wohnsitz wechseln, haben naturgemäß nicht das gleiche Interesse und trotz des schönen Glaubens des Herrn Abg. M u j e r an die Menschheit auch nicht das gleiche Verantwortungsgefühl gegenüber der Gemeinde in der sie zufällig wohnen, wie diejenigen, die vielleicht jahrzehntelang an den Folgen falscher Schritte, die in der Gemeinde gemacht werden, zu leiden haben. Heute wird das Überwiegen der bodenständigen Elemente durch die Klassenwahl zu sichern gesucht. Bietet sich die Möglichkeit, dieses Ziel auf anderem Wege zu erreichen, so ist das eine Sache, über die man reden kann, aber Vorschläge in dieser Richtung haben wir bisher nicht gehört.

Der Herr Abg. K o l b sagt, das Frauenstimmrecht sei bei Klassenwahlen unmöglich. Ich erinnere den Herrn Abg. K o l b daran, daß ich schon im Jahre 1910 als Berichterstatter in der Justizkommission beantragt habe, man solle den Frauen in den großen Städten das Stimmrecht geben; es ist sehr wohl möglich, unsern Vorschlag, der übrigens auf einem fast einstimmig gefaßten Beschlusse unserer Fraktion beruht, in das jetzige Gesetz einzufügen.

Mit Interesse sehen wir der Denkschrift über die Magistratsverfassung entgegen. Wir legen uns in dieser Richtung nicht fest, wir wollen nicht, daß der angestellte Beamte vollkommen die Herrschaft auf dem Rathaus bekommt und daß der Bürger daraus vertrieben werde. Was wir für unbedingt notwendig halten, ist, daß die Vorstände der technischen Ämter Sitz und Stimme im Stadtrat haben, zum mindesten in Angelegenheiten ihrer Ämter, und daß es nicht lediglich vom Willen des Oberbürgermeisters abhängt, ob sie in ihren eigenen Angelegenheiten im Stadtrat auch nur gehört werden.

Bezüglich der Verhältnismahl hat der Herr Staatsminister die bekannte Stellung der Regierung erörtert, er hat wieder die zwei bekannten Gründe gegen die Verhältnismahl angeführt, auf die ich noch kurz eingehen muß. Er hat zunächst von der Loslösung des Abgeordneten vom Bezirk gesprochen. Ich weiß nun nicht, ob nicht eine gewisse Loslösung des Abgeordneten von der zu engen Bindung an die lokalen Interessen von Vorteil für die Allgemeinheit wäre, und dann möchte ich darauf hinweisen, daß durch die Verhältnismahl jede Partei die Möglichkeit bekommt, an jedem Ort Stimmen zu gewinnen, die ihr zugutekommen, die zählen, und daß deshalb jede Partei das Interesse haben wird, auch die örtlichen Interessen energisch zu vertreten. Diese werden daher durchaus keinen Schaden erleiden. Dann hat der Herr Staatsminister wieder den Vorwurf erhoben, es komme durch die Verhältnismahl die Parteiherr-

schaft, es werde immer unmöglicher, bedeutende Leute, die sich nicht in die Parteischablone fügen wollen, in das Parlament hineinzubringen. Man kann die Gegenfrage stellen: Wo stecken denn heute diese Elemente? Es ist doch heute auch nicht möglich, daß sie in die Volksvertretung kommen. Im Gegenteil, ich habe die Überzeugung, daß es bei der Verhältniswahl viel leichter möglich sein wird, solche Persönlichkeiten in das Parlament zu bringen. Wenn wir die Verhältniswahl haben, dann kann eine Partei es sich leisten, daß sie solche Leute auf die Liste stellt; sie braucht von einem solchen Kandidaten nicht zu verlangen, daß er in jedem Stadtteil so und so viele Versammlungen abhält und all das tut, was die Wahlzeit Unangenehmes für die Kandidaten mit sich bringt. Es besteht viel leichter auch die Möglichkeit der Aufstellung einer besonderen Liste, an deren Spitze die Persönlichkeit gestellt wird, die man in das Parlament bringen möchte.

Ich möchte noch einige Nebenpunkte einschalten, um deren Vertretung ich ersucht worden bin. Wir haben Oberlehrer, Schulhausvorsteher, die eine Zulage erhalten. Für sie sind Stellvertreter bestimmt, für die Zulagen nicht vorgesehen sind. Nun ist der Zustand der, daß viele Oberlehrer seit bald drei Jahren vertreten werden, weil sie sich im Seeresdienst befinden. Da wäre es billig, daß den Stellvertretern die Zulage auch gegeben würde.

Dann möchte ich noch ein wenig erfreuliches Vorkommnis vorbringen. Es hat sich hier zwischen Stadt und Staat ein lebhafter Streit entsponnen, wer den Unterlehrerinnen an höheren Schulen die Teuerungszulage zu zahlen habe. Wie der Streit entschieden worden ist, weiß ich nicht, aber bis vor kurzem waren die Lehrerinnen die Leidtragenden, sie haben die ganze Zeit keine Teuerungszulagen bekommen, während die anderen Beamten sie bekommen haben. Das hätte doch vermieden werden müssen.

Der Herr Finanzminister hat seine Grundzüge über die Vereinfachung der Staatsverwaltung vorgetragen, denen wir im großen und ganzen zustimmen können. Ich will nur, wie schon in der Kommission darauf hinweisen, daß wir bei diesen Maßnahmen einen Fehler machen, wenn wir gleich von heute auf morgen sparen wollen; ich glaube, daß mit der bloßen Aufhebung eines kleinen Amtes garnicht viel geholfen ist, denn wenn der Geschäftsstand wächst, muß das Amt doch wieder geschaffen werden. Ich erinnere an die Aufhebung von zahlreichen Amtsgerichten in den siebziger Jahren, die wir unterdessen fast alle wieder geschaffen haben. Man müßte dadurch vereinfachen, daß man das überflüssige Schreibwerk abschafft und dafür sorgt, daß nicht mehr so viel Arbeit für die Beamten da ist und daß man deswegen weniger Beamte braucht. Ich glaube, auch das Volk würde nichts einzuwenden haben, wenn es selbst weniger mit amtlichen Schreiben zu tun hätte und selbst nicht mehr so viel zu schreiben hätte. Aber solche Maßnahmen wirken nicht von heute auf morgen, sie kommen vielleicht erst in zehn, fünfzehn Jahren zur Wirkung. Durch die großen Verluste, die wir im Kriege an Beamten erleiden mußten, wird manche Maßnahme möglich sein, die man vorher aus Schonung für vorhandene Beamte nicht ausführen wollte. Weiter will ich mich heute darauf nicht einlassen, der Platz für weitere Erörterungen wird der nächste Landtag sein. Dort wird auch der wertvollen Denkschrift des Oberamtsrichters Gehör die nötige Berücksichtigung zu scheuten sein.

Der Herr Finanzminister hat versucht, uns zur 4. Wagenklasse zu befehlen und hat uns die Befehlung durch die Mehreinnahme von über einer Million Mark schmachhaft zu machen gesucht. Ich muß sagen, ich verkenne durchaus nicht die schwere Lage, in der sich die Großh. Regierung befindet, nachdem nun auch Bayern in der Frage der vierten Klasse nachgegeben hat. Ich glaube aber vorläufig nicht an eine Mehreinnahme, aus verschiedenen Gründen. Erstens müßte man zunächst einmal wissen, wieviel kostet denn die Neuherichtung der Wagen zu Wagen vierter Klasse, bis man sie so unbequem gemacht hat, daß nicht mehr allzu viele Leute darin fahren? Das kostet doch besonders bei den heutigen Preisen eine ganze Menge Geld. Dann wird die Abwanderung von der dritten in die vierte Klasse meiner Überzeugung nach bei unseren Verhältnissen viel größer sein, als die Regierung sie berechnet hat, und ganz außer Betracht scheint mir geblieben zu sein, daß, wenn die dritte Klasse durch Abwanderung in die vierte Klasse leerer wird, aus der zweiten Klasse eine ganz erhebliche Abwanderung von Leuten, die bisher zweiter Klasse fahren, in die dritte Klasse erfolgen wird und daß dadurch sich ein ganz erheblicher Einnahmeausfall ergeben wird.

Es ist vorhin darauf hingewiesen worden, daß das Herunterholen der Glocken tief in die Stimmung des Volkes eingegriffen hat, und ich kann dem nur beistimmen. Es hat vielleicht nichts den ganzen Ernst der Lage, in der wir uns befinden, dem Volke so klar gemacht, wie diese bedauerliche, aber notwendige Tatsache. Gerade dieses Gefühl für den Ernst der Lage wird die Beschlagnahme dem Volke erträglich machen. Wir hoffen aber auch, daß die Entschädigungsansprüche der Gemeinden wenigstens in einer billigen und angemessenen Weise geregelt werden. Fraglich scheint mir, ob man nicht zunächst zu anderen Gegenständen hätte greifen können. Es gibt doch eine Reihe von Denkmälern, die heute als Zeichen eines überwundenen Kunstgeschmacks allgemein anerkannt sind und deren Wegschaffung keinen Verlust für die Stadt, deren Wegschaffung aber auch keine Ehrenkränkung für den bedeutet, zu dessen Gedächtnis sie errichtet sind, eben weil sie heute nicht mehr als geschmackvoll und schön anerkannt werden. Errichtet man sie nach dem Kriege wieder neu, in schöner künstlerischer Form, so wird das die vorübergehende Verletzung der Pietät wieder vollständig gutmachen.

Bezüglich des § 137 des Schulgesetzes hat der Herr Kollege Rehmann unsere Stellung festgelegt. Ich habe dazu weiter nichts zu bemerken. Ich möchte nur gegenüber dem Herrn Kollegen Dr. Schofer sagen, daß der Vergleich, den er gezogen hat zwischen einem Privatmann, der ohne größere Schwierigkeiten eine Schule errichten darf, und der Kirche unzulässig ist. Ein Privatmann ist ein Einzelner mit beschränkten Mitteln, dem Gesetze der Sterblichkeit unterworfen; die Kirche ist eine öffentliche Einrichtung mit ganz ungeheuren, ideellen und materiellen Machtmitteln. Die Schule, die ein Privater errichtet, kann auf die Dauer niemals eine Bedrohung unserer Staatschule — an diesem Prinzip halten wir unbedingt fest — sein; wohl aber können es die Kirchenschulen werden, wenn sie von einer so mächtigen, die Jahrtausende überdauernden Einrichtung geschaffen werden, wie es die Kirche eben ist (Zuruf aus dem Zentrum: Nur nicht so ängstlich!)

Auf die Frage der Amtsvorkünder einzugehen, lehnen wir heute ab. Ich kann auf unsere früheren

Erklärungen verweisen. Wir betrachten auch den jetzigen Zustand keineswegs als ideal und sind bereit, an einer Neuregelung mitzuwirken. Ich muß nur noch kurz auf den Fall, den der Herr Kollege Dr. Schofer vorgeführt hat, hinweisen und den Anschein zerstören, als ob die Verurteilung der Freiburger Tagespost deswegen erfolgt wäre, weil sie die amtlichen Bekanntmachungen abgedruckt hat. Das ist nicht geschehen; im Gegenteil, im Urteil steht ausdrücklich, daß der Abdruck durch Zeitungen erlaubt und erwünscht ist. Verurteilt wurde die Freiburger Tagespost, weil die Veröffentlichung in einer Form erfolgte, die den Eindruck erweckte, als ob die Veröffentlichung von amtlicher Seite ausgehe. Weil die Freiburger Tagespost unlauteren Wettbewerb in einer gegen die guten Sitten verstößenden Weise getrieben hat, deswegen ist die Verurteilung erfolgt.

Ich komme zum Schlusse meiner Ausführungen. Der Herr Abg. Kolb hat Ausführungen über die Stellung der Sozialdemokratie zur Monarchie gemacht, die nach unserer Auffassung von dem Herrn Staatsminister nicht ganz richtig gewürdigt worden sind. Der Herr Staatsminister hat sich zu sehr an das agitatorisch-dekorative Beiwerk gehalten, mit dem der Herr Abg. Kolb seine neue Stellung verbrämte, nicht an das Wesentliche dieser Erklärung. Hier im Hause haben wir schon ganz andere Töne in früheren Jahren gehört, sehr ernsthafte Bekenntnisse zur republikanischen Gesinnung und sehr ernsthafte Auffassungen über die Möglichkeit der praktischen Durchführung dieser Ideen in Deutschland. Heute hat nur der Herr Abg. Geck diese Töne erhalten lassen, aber als Solist und allein auf weiter Flur, und das ist doch ein ganz gewaltiger Unterschied gegen früher, und dieser Unterschied hätte unseres Erachtens mehr gewürdigt werden müssen und ebenso das rückhaltlose Bekenntnis zum Staate, das namens der Sozialdemokratie abgelegt worden ist.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich doch noch darauf hinweisen, welche scharfe Kritik an uns geübt wurde von anderen Parteien, auch von der eigenen Partei besonders im Norden und von der Großh. Regierung, als wir die Großblockpolitik einschlugen. Wir taten das aus der Erkenntnis heraus, daß das übliche Zurückstoßen der Sozialdemokratie verfehlt sei, daß die Benützung ihrer Bereitwilligkeit zur Mitarbeit das Richtige sei, um sie aus ihrem falschen Verhältnis zum Staate heraus und zu der Erkenntnis zu bringen, daß sie ein Teil des Ganzen, daß sie auf Gedeih und Verderb mit dem Staate verbunden ist. Daß dieser unser Weg sich als richtig erwiesen hat, daß wir ihn als die Ersten gegangen sind, und zwar gegangen sind trotz der unzählbaren Schwierigkeiten, die sich gegen uns aufürmten, das darf uns heute ein Stolz und eine Genugtuung sein. Wir hoffen, daß dieses Gefühl der Volkseinheit als wertvollste Errungenschaft des Krieges auch nach dem Kriege fort dauern wird und daß es, wenn unsere tapferen Feldgrauen heimgekehrt und wieder in ihrer Friedensarbeit tätig sind, zum Wohle des Volkes schöne Früchte bringt (Lebhafter Beifall bei den Nationalliberalen).

Minister des Innern Dr. Freiherr von und zu **Podman:**

Befürchten Sie nicht, daß ich Ihnen eine große Rede halten werde, ich möchte Sie nur heute nicht nach Hause gehen lassen, ohne Ihnen hinsichtlich der Einberufungen eine Beruhigung zu geben. Wir haben aus zwei

Ämtern des Oberlandes, Engen und Meßkirch, von der bevorstehenden Einziehung der Jungmannschaft Kenntnis erhalten unter Hinweis auf die Beeinträchtigung der Heuernte, die davon zu befürchten ist. Wir haben uns an das Generalkommando gewendet, und das Generalkommando hat sich an das Kriegsministerium gewandt. Ein Bescheid ist noch nicht gekommen, aber es ist eine günstige Lösung der Frage zu erwarten. Eventuell wird das Generalkommando durch Beurlaubungen helfen (Beifall). Ich glaube also, Sie können beruhigt Ihrer Heuernte entgegensehen oder in Ihrer Heuernte fortfahren.

Hierauf wird abgebrochen.

Zu persönlichen Bemerkungen erhalten noch das Wort:

Abg. **Kolb** (Soz.):

Der Herr Abg. Geck hat gestern bei der Besprechung des Karlsruher Flugblattprozesses nach dem stenographischen Bericht folgendes gesagt:

„Nun hat man hier in Karlsruhe dieses Flugblatt verbreitet, es ist in Tausende von Häusern gekommen, es ist von der ganzen bürgerlichen Presse nicht eine Silbe gegen dieses Flugblatt veröffentlicht worden. Zu meinem Bedauern ist das Flugblatt nur in der sozialdemokratischen Presse veröffentlicht worden, und wenige Tage darauf haben wir die Verfolgung und Anklage wegen Landesverrats erhalten.“

Aus dieser Bemerkung kann draußen in der Öffentlichkeit geschlossen werden, daß der „Volkfreund“ und insbesondere meine Wenigkeit die Veranlassung zur Verhaftung und Verfolgung der Betroffenen gegeben habe, und diese Schlussfolgerung kann umso eher gezogen werden, als in der dem Herrn Abg. Geck nahestehenden Presse ich persönlich wiederholt als der Urheber dieser Verhaftung und dieser Anklage, als Denunziant bezeichnet worden bin. Ich stelle demgegenüber fest, daß an dieser ganzen Behauptung kein wahres Wort ist. Der „Volkfreund“ hat allerdings die Mitteilung gebracht, daß solche Flugblätter verbreitet worden sind. Aber an dem Tage, an dem die Mitteilung erschien — an der ich in keiner Weise beteiligt war, weder habe ich sie verfaßt, noch habe ich sie veranlaßt — war die Einleitung des Strafverfahrens bereits erfolgt, und wie mir der Untersuchungsrichter mitgeteilt hat, ist die Denunziation von einer Seite ausgegangen, die mit der sozialdemokratischen Partei nicht das Geringste zu tun hat. Ich darf wohl annehmen, daß man, nachdem ich hier in diesem Hohe Hause vor dem ganzen Lande diese Feststellung gemacht habe, mit dieser Verleumdung nun endlich einmal aufhört.

Präsident **Rohrhurst:**

Herr Kollege, ich nehme an, daß Sie den Vorwurf der Verleumdung nicht gegen den Herrn Kollegen Geck gerichtet haben, sonst müßte ich Sie zur Ordnung rufen.

Abg. **Kolb** (Soz.):

Nein. Ich habe schon deswegen den Vorwurf nicht erheben können, weil diese Behauptung hier nicht gefallen ist. Aber draußen bin ich als Denunziant verleumdet worden.

Abg. **Muser** (fortschr. Bp.):

Ich habe ein Mißverständnis des Herrn Finanzministers, was meine Ausführungen anlangt, hier kurz zu be-

richtigen. Er sprach zwar nicht von Annexionen, aber von Kriegssentschädigungen, und führte aus, die Frage der Kriegssentschädigungen sei maßgebend für die Finanzlage des Reiches; das wolle er dem Herrn Kollegen Kolb und mir gegenüber sagen. Es muß hiernach die Meinung entstehen, als hätte ich überhaupt über die Kriegssentschädigung gesprochen. Kein Wort davon habe ich gesagt, am allerwenigsten habe ich mich dagegen ausgesprochen. Ich kann hier vielmehr nur konstatieren, daß unsere ganze Fraktion mit einer einzigen Ausnahme die Parole „Gegen Kriegssentschädigungen!“ ablehnt.

Der Herr Kollege Dr Koch hat einige Gegenfragen an mich gestellt. Da ich nur einmal das Wort ergreifen darf, kann ich auf sie nicht antworten, wie ich überhaupt aus demselben Grunde außerstande bin, eine Erwiderung auf eine Reihe von Ausführungen, die gegen mich gemacht worden sind, zu geben. Dies wollte ich kurz feststellen.

Abg. Geß (unabh. Soz.):

Ich habe in meinen gestrigen Ausführungen lediglich eine Tatsache mitgeteilt, die Tatsache, daß über die Verbreitung des Flugblattes nur in der sozialdemokra-

tischen Presse und nicht in der bürgerlichen Ausführungen gemacht worden sind, die die Aufmerksamkeit darauf gelenkt haben. Diese Tatsache besteht trotz der Erklärung des Abg. Kolb weiter. Ich bin nicht in der Lage, sie zurückzunehmen. Wenn der Abg. Kolb glaubt, etwas gegen seine Person darin finden zu müssen, so ist das seine Sache. Er hat dabei vielleicht den Grundsatz verfolgt: Qui s'excuse, s'accuse.

Abg. Kolb (Soz.): Ich hätte kein Wort gegen diese Feststellung von Tatsachen, die ich gar nicht bestreite, hier gesagt, wenn nicht draußen in der Öffentlichkeit aus diesen Tatsachen Schlussfolgerungen gezogen worden wären, die mich persönlich beleidigen müssen. Das habe ich hier feststellen wollen und nichts anderes. Was der Herr Abg. Geß für Schlussfolgerungen daraus zieht, ist mir vollständig gleichgültig.

Abg. Geß (unabh. Soz.):

Es ist mir auch vollständig gleichgültig, was die Öffentlichkeit draußen aus Tatsachen, die ich anführe, für Schlussfolgerungen zieht.

Schluß der Sitzung nach 1½ Uhr.

Rednerverzeichnis umstehend.

Rednerverzeichnis:

	Spalte
Anzeige neuer Eingänge:	
Präsident Rohrhurst	641
Vor Eintritt in die Tagesordnung:	
Abg. Weishaupt (Zentr.)	641
Fortsetzung der Beratung über den Gesetzentwurf, den Staatshaushaltsetat für die Jahre 1916 und 1917 betr:	
Minister der Finanzen Dr. Rheinboldt	643
Abg. Dr. Schofer (Zentr.)	655
Abg. Dr. Koch (natl.)	675
Minister des Innern Dr. Frhr. von und zu Bodman	681
Zu persönlicher Bemerkung:	
Abg. Kolb (Soz.)	682, 682, 684
Präsident Rohrhurst	682
Abg. Muser (fortschr. Sp.)	682
Abg. Geck (unabh. Soz.)	683, 684

Verantwortlich für den Bericht über die Verhandlungen der Zweiten Kammer: Dr. Max Dittler.
Druck und Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei. Beide in Karlsruhe.